

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Feilzeitung oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 144.

Montag, den 24. Juni 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Ministerwechsel.

Die Kämpfe um die Ministerposten hat einen Ab-schluss gefunden; allerdings, wie wir annehmen, nur einen vorläufigen. Die „Nordd. Allgem. Zeitung“ meldet:

„Wie wir hören, stehen in der Reichs- und der preussischen Staatsverwaltung Veränderungen persönlicher und organisatorischer Natur bevor. Der Staatssekretär des Reichsamtes des Innern Graf v. Posadowsky hat sein Abschiedsgesuch eingereicht, als sein Nachfolger ist der preussische Minister des Innern v. Bethmann-Hollweg in Aussicht genommen. Der neue Staatssekretär des Reichsamtes des Innern wird gleichzeitig die Funktionen eines Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums übernehmen. Ferner tritt an die Stelle des ausscheidenden Kultusministers v. Studt der Unterstaatssekretär im Ministerium der öffentlichen Arbeiten Dollé treten. In das Ministerium des Innern wird der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen v. Moltke berufen werden. Erwägungen schweben darüber, ob sich eine Teilung des Reichsamtes des Innern empfiehlt.“

So hat sich also Bülow noch einmal gerettet und steigt als Sieger hervor aus der Schlammflut, die der Kampf der Kamarillen aufgerührt hat. Doch sein Sieg ist nur ein Teilsieg, dessen Kosten die Liberalen zahlen.

Graf Posadowsky ist also beseitigt und damit hat sich Bülow von dem einzigen Mann befreit, der unter seinen Kollegen eine Persönlichkeit war. Posadowsky war kein Stürmer und Dränger; nicht einmal besondere Initiative war ihm zu eigen. Kaum daß ihn ein gewisser Reformgeist auf dem Gebiet der Sozialpolitik ausgezeichnet hat. Seiner Sozialpolitik fehlte jede Originalität. Sie war ein Flicker an einzelnen unerträglichen Auswüchsen der kapitalistischen Gesellschaft; nie ging sie aufs Ganze. Vor allem aber vermied sie es aufs sorgfältigste, die Macht des Proletariats zu stärken. Für die allerwichtigste, grundlegendste Forderung des Proletariats, ohne die alle anderen sozialpolitischen Gesetze in der Luft schweben, für das Koalitionsrecht hat Posadowsky nie etwas übrig gehabt. Ihn hat nicht die Schande aus seinem Amte geschreckt, als sein Name mit dem Zuchthausgesetz verbunden wurde, und sein letztes Gesetzeswerk über die Rechtsfähigkeit der Gewerkschaften war eine Bedrohung jeder unabhängigen wirklichen Gewerkschaftspolitik. Es war eine Sozialpolitik nicht der Freiheit, sondern bürokratischer Bevormundung, keine Sozialpolitik des Rechts, sondern der christlichen Charitas. Aber es war doch immer noch — Sozialpolitik. Selbst diese kümmerlichen Reste aber mußte Posadowsky stetig verteidigen gegen die unaufhörlichen Angriffe der Scharfmacher. Und diese sind es, die Posadowsky gestürzt haben. Seit Wochen haben sie gegen ihn gekämpft und gehebt im Bunde mit Bülow. Noch gestern brachte die „Rh.-Westf. Ztg.“, das Blatt der Zechen- und Hüttenbarone, einen wahren Brandartikel gegen Posadowsky und für Bülow. Posadowsky wurde der Zugehörigkeit zur Eulenburg-clique beschuldigt. Mit Posadowsky ist Bülow den letzten Mann von Bedeutung, Kenntnis und Arbeitsfähigkeit los geworden. Unter den Geistesblinden seiner Umgebung ist er jetzt der König. Momentan ist dem geschickten Schaumschläger niemand gefährlich. Er kann jetzt in die Ferien gehen. Auch die auswärtige Lage wird sich sofort „klären“. Vor ein paar Tagen noch veröffentlichte die offiziöse „Kölnische Zeitung“ plötzlich einen beunruhigenden, mit verfeckten Drohungen gespickten Artikel gegen die Westmächte aus Anlaß des Abschlusses der neuen Tripelallianz. Der Artikel entsprang offenbar aus dem Bedürfnis gewisser Kreise, dem Kaiser die Unentscheidbarkeit Bülows in so gefährlichen Zeitläufen zu demonstrieren. Daß das Mittel ein gefährliches Spiel mit dem Feuer ist — was tut's, wenn es gilt einen Bülow in seiner Stellung zu erhalten?

Posadowskys Sturz ist das logische Ergebnis der letzten Reichstagswahl. Der Sieg der Regierung bedeutete den Sieg der uneingeschränkten, phantastischen Weltpolitik, Militär- und Marinepolitik. Hinter dieser Politik aber stehen als eifrigste Dränger und nächste Interessenten die Kreise des Großkapitals und des Scharfmachertums. Das sind aber zugleich die Gegner jeder Sozialpolitik. So hat sich Posadowsky geopfert worden. Wäre die ganze preussisch-deutsche Regierungspolitik etwas anderes als eine fortgesetzte Herausforderung des arbeitenden Volkes, der Kurswechsel in der Sozialpolitik müßte als Kriegserklärung an die Arbeiterklasse aufgefaßt werden. Auf jeden Fall wird die deutsche Arbeiterklasse die Meinung verstehen und die Antwort erteilen: Gibt's keine amtliche Sozialpolitik mehr, selbst nicht im Schnecken-tempo Posadowskys, dann muß um so mehr die Selbsthilfe der Arbeiter

einsetzen. Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen, das ist die nächste Lehre, die sich aus Posadowskys Sturz ergibt.

Bülow ist nun die Scharfmacher Mann geworden, und ihre Politik wird er machen. Dazu ist er seit der letzten Reichstagsauflösung verpflichtet, und keine Phrasen werden das deutsche Volk darüber täuschen.

Die Situation ist klar. Der Macht- und Gewalt-politik der herrschenden Klassen muß die gesammelte Macht des Proletariats gegenüberstehen. Die Rolle der Charitas, die Rolle der Verschleierung des Klassenkampfes ist ausgespielt; man verzichtet auf die Heuchelei, wie sie die Mitwirkung des Zentrums an der Regierungspolitik zur Folge hatte. Diese Klarheit aber haben nicht wir zu fürchten. Posadowskys Sturz ist eine Niederlage des Zentrums, ein Ende der sozialreformistischen Illusion, eine Ankündigung des Kampfes. Der Kampf aber ist unser Element, und sein Ende wird der Sieg des Proletariats sein.

Gegenüber dem Zeichen, den Posadowskys Sturz bedeutet treten die übrigen Verschiebungen an Wichtigkeit zurück. Sie verkünden klar den Sieg der Konser-vativen auf der ganzen Linie; die Liberalen sind jämmerlich gefoppt. Kein Burenkurat liberaler Färbung bestreift den Ministerstuhl. Posadowsky wird durch Bethmann-Hollweg ersetzt, den Feind des allgemeinen gleichen Rechts in Preußen, und an Stelle Studts tritt ein gleich-gesinnter Nachfolger. Mit der liberalen Arie ist es nichts. Die Liberalen zahlen die Zehne. Statt der Gleichberechtigung mit den Konservativen, die noch soeben die „Vossische Zeitung“ gefordert hat, bekommen sie nicht einmal den liberalen „Konzessions-Schutz“, mit dem sie sich wenigstens vor den dümmsten ihrer Wähler hätten rechtfertigen können.

Auf ihre Kosten hat Bülow seinen vorläufigen faulen Frieden mit der konservativen Ministerclique geschlossen. Die neuen Männer sind unbedeutend, wie es die alten waren und verdanken ihre Ernennung nur der Gunst des Kaisers. Die Blockpolitik wird so lange fortgesetzt, so lange die Liberalen sich foppen lassen wollen. Dann mag Bülow vielleicht gehen und an die Stelle der Liberalen tritt das Zentrum.

Wären die deutschen Liberalen noch zu belehren, so müßte sie der Ausgang der Krise lehren, daß man politischen Einfluß nicht erschwindeln und erkriechen kann, sondern erkämpfen muß. Kämpfen aber um die Demokratie kann heute einzig und allein nur das deutsche Proletariat. In seine Kampfesreihen muß treten, wer in Deutschland, um das Recht des Volkes gegen den Absolutismus streiten will.

Die russische Revolution.

Die zarische Regierung hat unter dem Aufgebot der gesamten Kriegsmacht des Staates ein Parlament aufgelöst, dessen politische Ohnmacht vom ersten Tag an seines Zusammentritts feststand.

Es war das Signum dieser zweiten Dumawahlen, daß das Volk revolutionär blieb, die von ihm gewählten Fraktionen aber, mit Ausnahme der sozialistischen und der bäuerlichen Gruppen, es noch weniger waren, als in der ersten Duma. Statt sich auf das revolutionäre Volk zu stützen, suchten sie vielmehr Anschluß an die Regierung.

Die Regierung kann sich wahrlich nicht beklagen, daß die zweite Duma ihr nicht willfährig war.

Die Forderung eines parlamentarischen Ministeriums, mit der die erste Duma abschloß, wurde von der zweiten von vornherein fallen gelassen. Die Regierung verlangte „positive Arbeit“, was bekenntlich bedeutet, daß die Volksvertretung in ihrer gesetzgebenden Tätigkeit sich nach dem Fingerzeig der Regierung zu richten habe, und die Duma stellte, dem Wunsche der Regierung gemäß, alle brennenden Fragen zurück und schob vor allem die Entscheidung über die Agrarfrage weit hinaus. Die Regierung verlangte Soldaten, eine Armee, die gegenwärtig nur dazu dient, das eigene Land im Belagerungszustand zu halten, und die Duma bewilligte ihr diese Armee. Die Regierung legte ein Budget vor, das zu mehr als neun Zehnteln sich der Bewilligung des Parlaments entzieht, und die Duma ließ es sich gefallen und erklärte sich grundsätzlich bereit, auch eventuelle Anleihen zu bewilligen.

Wie immer, wenn der bürgerliche Liberalismus seine staatsmännische Weisheit bekunden will, zeigte er auch im russischen Parlament, daß er sich selbst nicht ernst nimmt. Auf jeden Fußtritt der Regierung antwortete er mit einem Rückling. Der bürgerliche Liberalismus war schon in der ersten Duma bereit, die Revolution zu verraten; in der zweiten Duma hat er diesen Verrat vollzogen. Aber die Volksmassen folgten ihm nicht. Wohl zeigte die städtische Bourgeoisie schon längst eine politische Müdigkeit, aber unter den Arbeitern und Bauernmassen ließ die revolu-

tionäre Stimmung nicht nach. Darum bewirkte die Abtrünnigkeit des Liberalismus nur eine Schwächung seiner selbst, die den Übermut der Reaktion steigerte, der er schließlich zum Opfer fiel.

Das ist die Geschichte dieses zweiten russischen Parlaments. Die Wogen der russischen Revolution gehen noch viel zu hoch, um einen parlamentarischen Abschluß zu ermöglichen. Darum begann mit dem ersten Tage der Existenz der zweiten Duma ihre Todesagonie. Es blieb ihr nur noch die Wahl zwischen einem ruhmreichen Tod oder einem elenden Untergang. Aber die bürgerliche Majorität dieser Duma fand in sich nicht jene Klarheit und Sicherheit der Überzeugung und jenen Kampfesmut, die eine unabwendbare Niederlage zur Vorstufe kommender Siege machen, sondern sie gab das beschämende Schauspiel kleinlicher Ausflüchte, des feigen Verrates und der ängstlichen Unentschlossenheit, bis die Regierung die Duma wie einen verbrauchten Lappen zum Fenster hinauswurfs.

Die Regierung fürchtete nicht die Duma, sie fürchtete die Revolution. Das gab sie selbst ostentativ zu, indem sie die Duma wegen der Sozialdemokratie, die sich auf die revolutionären Volksmassen stützt, auflöste.

Nun sollen durch das neue Wahlgesetz die Volksmassen vom Parlament zurückgehalten werden.

Wenn die Regierung ein Parlament braucht, dann nur ein solches, das ihr die politische Autorität gibt, ohne die tägliche Anwendung von Bajonetten und Maschinengewehren regieren zu können. Das Zensus-Parlament wird ihr aber nur eine parlamentarische Abstimmung geben können, die sie selbst erst auf Bajonette und Maschinengewehre stützen müssen. Die Zensusduma wird der Regierung sicher noch weniger helfen können, als die Kadettenmehrheit in der bisherigen Duma.

Reaktion und Revolution stehen sich nunmehr in Rußland ohne jede Vermittlung gegenüber. Um die Reaktion scharen sich die Großgrundbesitzer und die reine Kapitalistenklasse. Die übrige städtische Bourgeoisie aber wird durch die politische Eliminierung des Liberalismus mit Gewalt wieder in das Lager der Revolution zurückgedrängt.

Daß die revolutionäre Energie der Arbeiter nicht nachlassen wird, dafür bürgt die Geschichte des proletarischen Klassenkampfes in allen Ländern der Welt.

Wie aber die Bauern?

Man wäre mit den Arbeitern längst fertig geworden, wenn man sich auf die Bauern hätte stützen können. Doch gerade die Agrarfrage steht längst im Vordergrund der Revolution und wird selbstverständlich dadurch nicht beseitigt, daß man die Bauernvertreter im Parlament niederstimmt.

Die russische Agrarfrage ist vor allem eine Eigentumsfrage, verbunden mit komplizierten Klassenkämpfen, die die Revolution bis zum äußersten entfacht und entfaltet. Es ist die Frage der vielen Millionen der unter der kapitalistischen Entwicklung verelendeten Bauern, ohne Betriebsmittel, bei einer armen rüchständigen Betriebsweise, die in des Wortes vorwegnehmender Bedeutung um ihre Existenz kämpfen, und es ist auch die Frage einer mit dem Kapitalismus emporstrebenden Bauernschaft, die sich in den Besitz der Kronländereien setzen möchte, beide vereinigt gegen den Staat und gegen den Großgrundbesitz, der selbst eine wahre Musterkarte wirtschaftlicher Typen darstellt, vom rentenbeziehenden Grandseigneur an, dem Großpächter, der Latifundien nach amerikanischer Art mit maschinellen Betriebe bewirtschaftet, der industrialisierten Gutswirtschaft usw. und bis auf den verschuldeten Adligen, der sich gern — aber gegen Entschädigung! — expropriieren lassen möchte, um seine Hypotheken loszuwerden. Sämtliche wirtschaftliche Widersprüche und Interessenkämpfe, welche die kapitalistische Entwicklung in Europa und Amerika im Laufe von mehr als einem Jahrhundert zulage gefördert hat, sind hier räumlich nebeneinander gestellt und sozial untereinander geschichtet. Diese Kämpfe um den Besitz des Landes und um die Existenz und das wirtschaftliche Emporkommen ganzer Bevölkerungsschichten müssen zu desto stärkeren Ausbrüchen der Revolution führen, je mehr man ihre parlamentarische Entfaltung hindert.

Kulturell ist die russische Agrarfrage die Frage der Zukunft der Nation. Der russische Bauer der Gegenwart ist aber längst nicht mehr der Muschik der Zeit der Leibeigenschaft. Er besitzt die politische Erkenntnis und den festen Willen, sich zu einer höheren Kultur emporzurufen.

Politisch ist die Bauernfrage eine Frage der Armee. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Arbeiter und ganz besonders die Eisenbahner längst nur noch durch die militärischen Besatzungen vom Massenstreik zurückgehalten werden.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Bauern die Landfrage längst in ihrer eigenen Weise gelöst haben würden, wenn sie nicht von der Armee zurückgehalten worden wären.

Und auf die Armee wird sich die zarische Regierung nunmehr erst recht stützen müssen.

Wie ist es aber um die Armee bestellt? Die fortlaufenden Nachrichten über Verhaftungen und sogar Meutereien in den einzelnen Regimentern mögen hier nur erwähnt sein. Ich will mich vielmehr auf ein allgemeines Urteil berufen, das aus dem Regierungslager selbst kommt. Die „Nowoje Wremja“ schrieb noch vor mehr als einem halben Jahr, in ihrer Nummer vom 31. Oktober (13. Novbr.) in einem Artikel des bekannten Publizisten Menschikoff: „Diesen Sommer habe ich mich wiederholt mit verdienten Offizieren aus den verschiedenen Teilen Russlands unterhalten. Alle wie ein Mann berichteten sie von der furchtbaren Gefahr, in welche die Armee durch den andauernden Putsch veretzt wird. Die Regimentsbefehlshaber sagen: Wir kennen unsere Truppenteile nicht mehr. Wir führen das Kommando über das Regiment, dieses aber ist über viele hunderte und Duzende Veretzter verteilt, zerstreut in einzelnen Bataillons, Kompagnien, halben Kompagnien, Pelotons, die zum Schutz der Eisenbahnen, Stationen, Postämter, Schatzämter, großer Hüttenwerke, Bahnhöfe, Warenlager verstreut sind. Das Regiment ist aufgelöst, in Staub verwandelt. Manchmal zwei Jahre nach einander haufen einzelne Kompagnien in Eisenbahnwagen, in allerlei Schuppen, in leeren Warenlagern, in Bauernhäusern, vermischt mit Arbeitern und Bauern. Jede Verbindung, jede Disziplin verschwindet; die Soldaten, unter dem Kommando rasch ernannter Unteroffiziere, bekommen manchmal lange keinen Offizier zu Gesicht. Die Armee verwildert, bekommt eine schlaffe Haltung, verliert den militärischen Geist, und was die Hauptsache — das ist ungemein wichtig — ihre militärische Abrihtung ist vollkommen lahmgelagt. Der Bauer, in einem grauen Mantel gesteckt, bekommt ein Gewehr und geht zur Bewachung, wobei er Bauer verbleibt. Keine Zeit mehr, ihn zu unterrichten, ihn an das militärische Handwerk zu gewöhnen. Nicht nur die inneren Armeeteile, sondern selbst die glänzend gestellten Regimenter an der Westgrenze sind in einen Zustand nicht etwa einer regulären Armee, sondern einer Art Miliz veretzt worden.“

Die Aushebung vom vorigen Herbst, die unter dem Eindruck der Auflösung der Duma und der Hungersnot stattfand, konnte nicht dazu beitragen, die Regierungsfremdlichkeit der Armee zu steigern. Die Aushebung von diesem Jahr, nach einer neuen Dumaauflösung, verbunden mit einer Verkümmernng des Wahlrechts, muß in der gleichen Richtung wirken. Und der fortwährende Polizeidienst muß die Armee nur ermüden und erbittern.

Man würde unter diesen Umständen die Politik der russischen Regierung unbegreiflich finden, wenn sie uns nicht im japanischen Krieg Muster einer gleichartigen Taktik gegeben hätte. Wie im Krieg, so in der Revolution ist das Vorgehen der russischen Regierung gepaart aus Angst und Dreistigkeit. Sie hat eine Angst vor liberalen Reformen, weil sie, und zwar mit Recht, befürchtet, daß diese zu einem Ausbruch der Revolution führen würden. Nun wirft sie sich mit Gewalt in die Reaktion, wodurch sie den revolutionären Kampf nur verschärft und noch eine um so schlimmere Niederlage vorbereitet.

Die zarische Regierung ist nicht mehr imstande, die Revolution einzudämmen, wie sie nicht imstande war, den Vormarsch der japanischen Armee zurückzuhalten. Sie kämpft nur noch um ihre eigene Existenz.

Parvus.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Kommodianten.

Die preußische Wahlrechtskomödie wird von der Berliner Presse vorläufig immer noch in Kostüm und Maske fortgespielt. Die „Liberale Korrespondenz“ wendet sich gegen eine Bemerkung des Freiherrn v. Zedlitz im „Tag“, wonach „die Konservativen und die Regierung großen Wert darauf legten, daß der freisinnige Wahlrechtsantrag in der abgeschlossenen Session nicht mehr verhandelt wurde“. Dazu erklärt das Sprachrohr der freisinnigen Fraktionen:

Aus dieser Bemerkung könnte geschlossen werden, daß die freisinnigen Parteien aus Rücksicht auf die Regierung und die Konservativen auf die Beratung des Wahlrechtsantrags verzichtet haben. Das ist aber grundfalsch (!) Die Konservativen haben einer Behandlung des Antrags keine Hindernisse entgegen gesetzt, sie ist nur unterblieben, weil im Schoße der beiden freisinnigen Parteien selbst Zweifel über die Zweckmäßigkeit einer überhasteten Beratung unmittelbar vor Sessionsschluß bestanden. Die freisinnigen Parteien haben aus eigener Initiative, ohne daß auch nur der Versuch einer Beeinflussung von anderer Seite gemacht worden wäre (!), auf die Verhandlung des Antrags unmittelbar vor Eintritt des Sessionsschlusses verzichtet.“

Das „Berliner Tageblatt“ gibt sich mit dieser Ausrede nicht zufrieden; indem es den Neugierigen spielt, verrät es, daß es ein Wissender ist. Es schreibt:

Wir verstehen jetzt erst recht nicht, weshalb die freisinnigen Parteien auf die Verhandlung des Wahlrechtsantrages verzichtet haben. Denn es ist doch wohl nicht anzunehmen, daß aus ihren eigenen Reihen sich Widerspruch gegen die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen erhoben hat.“

Diese letzte Andeutung wird aus dem Text der „Lib. Kor.“ in keiner Weise gerechtfertigt und geht auf ganz andere Quellen zurück, die wir ja bereits kennen gelernt haben. „Widerspruch gegen die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen“ hat sich ja eigentlich nicht erhoben, wohl aber waltet die Auffassung vor, daß die demagogische Erhebung von Scheinforderungen überflüssig sei, sofern man Aussicht hat, das wirklich Gewünschte auf andere Weise zu gewinnen. Und an diese Aussicht glaubt der Freisinn auf Grund vager Versprechungen, die ihm von der Regierung gemacht worden sind.

Daß auch diese geplante Stützreform, die den Freisinnigen und Nationalliberalen einige Mandate zubringen soll, auf den heftigsten Widerstand stoßen werden, haben wir vorausgesagt. Dieser Widerstand beginnt sich auch

schon einzustellen. Wenn auch der „Reichsbote“, das weltliche Hoforgan, noch nicht sagt, wo es eigentlich brennt, so zieht es doch schon kräftig die Sturmglöcke, um alle guten Leute, Pastoren und Hofdamen, gegen die drohende Gefahr zu Hilfe zu rufen. Zu diesem Zwecke malt es sogar den Teufel des gleichen Landtagswahlrechts an die Wand und schreit dazu:

„Das fehlte noch, daß wir das Abgeordnetenhaus voll Sozialdemokraten bekämen! Man bilde sich doch nicht ein, daß die sozialdemokratische Gefahr seit der letzten Reichstagswahl überwinden sei; wer tiefer blickt, weiß, daß das nicht der Fall ist. Bekanntlich ist die Zahl der sozialdemokratischen Wähler und Gewerkschaftler um je etwa 360 000 gestiegen, und wenn wir im Landtag das Reichstagswahlrecht hätten, würden wir im nächsten Jahr bei den Landtagswahlen etwas erleben.“

Interessant ist auch das folgende Geständnis einer frommen Seele:

„Im Reich kann man das demokratische Wahlrecht noch zur Not ertragen, weil und solange Preußen nicht demokratisiert ist.“

Das ist's ja, was wir immer sagen, daß das Reichstagswahlrecht und der Reichstag nicht viel mehr als eine schöne Fassade bleiben, solange im Innern der König von Preußen als kaiserlicher Selbstherrscher das Zepter schwingt und sein Königreich Preußen, das in Deutschland voran ist, ein junkertlicher Gutsbezirk bleibt. Der „Reichsbote“ schließt:

„Fortschritt auf diesen staatsverhaltenden Bahnen (denen des Herrn v. Stubi), aber keine liberale Reaktion zu toten liberalen Theorien — das muß die Lösung sein.“

Das sieht fast aus, als sollte nächstens ein Tuffall gewagt werden, damit der „liberale“ Charlatan Bülow davongejagt werde und einem noch viel besseren Preußen Platz mache. Solche auffällige Erscheinungen bestärken uns in der Gewißheit, daß der Freisinn auch in diesem üblen Handel wie bisher immer noch der „Gemeinere“ bleiben wird.

Warum aber die beiden Kamarillen, die „entschiedenen Liberalen“ vor links und die wahrhaft preußischen Leute von rechts, über das Thema der preußischen Wahlrechtsreform immer noch nur in halben Andeutungen reden, ist schwer einzusehen. Seitdem die Gründe des freisinnigen Rückzugs öffentlich festgestellt worden sind, gibt es doch auf diesem Gebiete wenigstens kein Geheimnis mehr zu bewahren. Es ist höchste Zeit, daß ein Ende gemacht wird mit dem Versuch, eine Lebensfrage nicht bloß des preußischen, sondern des ganzen deutschen Volkes als eine geheime Angelegenheit zweier sich bescheidender Cliquen zu behandeln!

Verstaatlichung der höheren Schulen in Württemberg. Die Zweite Kammer hat den Antrag, die Regierung möge die Verstaatlichung der Gymnasien, Realgymnasien und Lateinschulen in Erwägung ziehen, mit 35 gegen 31 Stimmen des Zentrums und der Bauernbündler angenommen. Die Regierung sprach sich gegen den Antrag aus.

Von der Haager Friedenskomödie dringt wieder einmal etwas an die Öffentlichkeit. Es wird gemeldet: In der ersten Kommission (Schiedsgericht) der Friedenskonferenz hielt der Präsident Bourgeois eine Ansprache, in der er die Frage des obligatorischen Schiedsgerichts erwähnte. Der amerikanische Delegierte de la Barra verlas eine Studie über verschiedene auf das obligatorische Schiedsgericht bezügliche Abkommen. Die deutsche Delegation brachte sodann ihren Antrag, betreffend das Oberprüfengericht, ein. Auch die englische Delegation brachte ihren diesbezüglichen Antrag ein. Die französische Delegation brachte einen Gesetzentwurf, betr. die Schiedsgerichtsfrage, ein. Sodann wurde der Beschluß gefaßt, zwei Subkommissionen zu bilden. Die erste über die Schiedsgerichtsfrage, die zweite über das Oberprüfengericht. In beiden Kommissionen wird Bourgeois das Präsidium übernehmen. In der Sitzung der ersten Kommission der Friedenskonferenz wird auch der deutsche Antrag auf Schaffung eines Oberprüfengerichts vorgelegt werden. Die Erörterung des Antrages wird erst stattfinden, wenn die Arbeiten der Kommission für das Seekriegsrecht entsprechend vorgeschritten sein werden. Der deutsche Antrag findet allgemeinen Anklang. Immerhin wird geglaubt, daß die Beratung der Einzelheiten geraume Zeit beanspruchen wird. Als Sitz des Oberprüfengerichts wird zweifellos der Haag gewählt werden. In der ersten Kommission der Friedenskonferenz brachte noch der amerikanische Delegierte Porter einen Vorschlag, betreffend die Anwendung von Gewalt zur Eintreibung öffentlicher Schulden (Dragodoktrin) ein. Man kam dahin überein, daß im Laufe der Beratungen andere Vorschläge eingebracht werden könnten. — Die zweite Kommission der Friedenskommission trat Sonnabend nachmittag um 2 1/4 Uhr unter dem Vorsitz des belgischen Delegierten Beernaert zu einer Sitzung zusammen. Beernaert dankte zunächst für die Ehre, daß er als Vertreter eines kleinen Staates zum Präsidenten gewählt worden sei, ging dann auf den Ursprung der Friedenskonferenz ein und entwarf einen Rückblick, um zu zeigen, daß Rußland bezüglich des Zieles der Konferenz seinen Traditionen treu geblieben sei. Wenn man sagte, so führte der Redner weiter aus, daß unsere Bemühungen in sehr vielen Punkten unfruchtbar geblieben sind, wer konnte denn hoffen, daß unser so verwirklichtes Ziel gleich auf den ersten Hieb erreicht werden würde? Es ist wahrhaftig nicht gut, die bisher erreichten Ergebnisse zu verkennen. Die Konferenz kann vertrauensvoll das Werk von 1899 wieder aufnehmen. Und sie wird darauf halten, die neuen Fortschritte, die die öffentliche Meinung fordert, auch zu verwirklichen. Es genügt, uns mehr als je für die erhabenen Grundsätze der Menschlichkeit und der Brüderlichkeit zu begeistern, die die Beziehungen der Menschen selbst in Kriegszeiten regeln sollen. Nach dieser Ansprache teilte sich die Kommission auf Vorschlag von Beernaert in zwei Subkommissionen. Die eine wird unter dem Vorsitz von Beernaert untersuchen, wie die Gesetze und Gewohnheiten eines Landkrieges und die sich darauf beziehenden Erklärungen von 1899 verbessert werden können. Die andere wird unter dem Vorsitz des niederländischen Delegierten Affter die Rechte und die Pflichten der Neutralen zu Lande und das, was die Öffnung der

Feindseligkeiten betrifft, studieren. In der Sitzung der zweiten Kommission (Landkrieg) der Friedenskonferenz brachte der zweite deutsche Delegierte Dr. Riege den Entwurf, betreffend die Behandlung der neutralen Gebiete von Kriegführenden, ein. Der französische militärische Delegierte Amourel kündigte eine baldige Vorlage zweier Entwürfe, betreffend die Rechte und die Pflichten der Neutralen, sowie die Eröffnung der Feindseligkeiten, an. Der russische Delegierte Termolow kündigte gleichfalls einen Antrag betreffend die Eröffnung der Feindseligkeiten an. Hinsichtlich der letzteren Frage erklärte die Kommission, daß mangels jeden diesbezüglichen internationalen Aktes jedes Land ermächtigt sei, seinen Gesichtspunkt für den korrekten zu halten. Die Kommission wird demzufolge zu entscheiden haben, ob sie den status quo funktionieren soll, oder ob es möglich, sei eine internationale Regulierung neu formulieren.

Der Abg. Erzberger hat gegen das Urteil im Prozeß v. Beuningen Revision angemeldet. — Hat er an der einen Blamage noch nicht genug.

Rußland.

Die Genetknechte an der Arbeit. Das Kriegsgericht in Kiew verurteilte 5 Soldaten, darunter einen Sappeur-Freiwilligen wegen Anstiftung zu dem in der Nacht zum 18. Juni in dem Lager von Syrek gemachten Meuterversuch zum Tode.

Gefängnisse überfüllt. Da die Gefängnisse der Peter-Pauls-Festung überfüllt sind, die Verhaftungen aber fort dauern, so wurde die Kaserne des Festungsartilleriebataillons in ein Gefängnis umgewandelt.

Der Bürgerkrieg in Südfrankreich.

Ein Erfolg der französischen Winzer.

Die Deputiertenkammer hat endlich unter dem Druck der Verhältnisse den Forderungen der Weinbauern nachgegeben. Wie ein Telegramm aus Paris meldet, genehmigte sie in ihrer Sonnabend-Sitzung, um eine sofortige Linderung der Weinbauern in Südfrankreich zu ermöglichen, sämtliche bereits angenommenen Artikel des Gesetzentwurfes zur Unterdrückung der Weinfälschungen einstimmig im ganzen, unter Ausscheidung derjenigen Artikel, über die noch beraten werden muß. Diesen Beschluß hätte die Kammer billiger haben können, und es wäre nicht nötig gewesen, erst das ganze Land in Aufregung zu stürzen und es bis zum Blutvergießen kommen zu lassen. Das französische Volk mag sich dafür und für den meuterischen Geist der Armee, der dabei zum Ausbruch und zur Kenntnis der ganzen Welt gekommen ist, bei denjenigen bedanken, die es für ihre Pflicht hielten, die Interessen der Weinfälscher zu schützen und zu vertreten.

Weiter meldet ein Telegramm aus Paris vom 29. Juni: Im Ministerrat erklärte Ministerpräsident Clemenceau, daß der vergangene Abend und die Nacht im Süden ohne Zwischenfall verlaufen seien. Ein an den Kriegsminister Picquart gerichtetes Telegramm des Generals Bailloud meldet, daß eine Kette, die den Einbruch von Apachen machte, in die Kaserne von Agde eindrang und zahlreiche Soldaten terrorisierte. Es bedurfte einer förmlichen Attacke der wieder Soldaten gewordenen Meuterer, um die Reihen dieser Apachenbande zu durchbrechen, von denen nach der Aussage des Unterpräfecten eine größere Anzahl nicht aus der dortigen Gegend sei. Kriegsminister Picquart teilte mit, daß die Meuterer vom 17. Regiment heute früh wieder vollständig in der Kaserne eingetroffen seien. Justizminister Guyot-Dessaigne meldete, daß gestern Abend zwei Verhaftungen in Montpellier erfolgt seien; die eine betrifft den Sohn des Geschäftsführers des royalistischen Klubs, dessen einer Chef, der Bergwerksdirektor Graiffessac, sich kürzlich weigerte, Arbeiter zu beschäftigen, die nicht in den Klub eintreten wollten. Ministerpräsident Clemenceau teilte ferner mit, daß er eine Untersuchung angeordnet habe über die Fälle, in denen die Truppen ihre Waffen gegen die Auführer in Narbonne anwenden mußten. Der Präfect des Departements Aude verhöre zahlreiche Zeugen und stelle Untersuchungen über die Vorgänge im Süden an. Die Reise Fallières nach Bordeaux, die ursprünglich für nächste Woche festgesetzt war, sei auf den September verschoben worden. Ebenso hätten die Minister, die ihre Anwesenheit in Paris oder in der Provinz zugesagt hätten, hiervon Abstand genommen. Beim 17. Infanterieregiment in Agde fehlt nur noch ein Mann. Die Mannschaften tun ihren ordnungsmäßigen Dienst; alle haben die der Kammer entnommenen Patronen zurückgegeben. Angeblich fehlt eine große Menge Patronen, doch scheint es sicher zu sein, daß die Soldaten keine auf die Seite gebracht haben. In Narbonne waren die Läden geöffnet. In Montpellier hat sich kein Zwischenfall ereignet. Ein Bekanntmachung des Verteidigungskomitees der Weinbauern fordert die Bevölkerung zur Ruhe auf. — Danach scheint es in der Tat so, als ob mit dem Freitag der Höhepunkt der Krisis überwunden sei, uns als ob wieder Ruhe im aufgeregten Süden allmählich einkehren solle. Entscheidend für die nachgiebige Haltung der Regierung und der Deputiertenkammer hat entschieden die Demonstration der Soldaten in Agde und Beziers gewirkt. Dieses Ereignis schlug wie eine Bombe in Paris ein. Es zeigte den maßgebenden Persönlichkeiten, in was für eine gefährliche Lage die Weinpantser und ihre parlamentarischen Schützer das französische Staatsschiff zu treiben im Begriff waren. Die Furcht vor einem weiteren Umschlag der militärischen Meuterei hat den Umschwung herbeigeführt.

Marcellin Albert hat sich nach Paris durch geschlagen und ist gestern beim Ministerpräsidenten Clemenceau vorstellig geworden. Vormittags um 10 1/4 Uhr fand er sich im Ministerium des Innern ein. Er wurde sofort zu dem Ministerpräsidenten Clemenceau gebracht, der mit ihm eine dreiviertelstündige Unterredung hatte. Nach derselben verließ Albert das Ministerium durch eine Seitentür, um den Berichterstattern aus dem Wege zu gehen. Man findet

es in Paris hochinteressant, daß der Mann, dessen Vor-
trag von allen Blättern in ganz Frankreich verbreitet wurde,
bis zu den Toren des Palastes dringen konnte, welcher
außer dem Ministerium des Innern auch die Bureaus
der öffentlichen Sicherheit beherbergt. Mit den Worten:
„Ich habe dem Minister zwei Worte im Vertrauen zu
sagen“ übergab Albert dem befristeten Türsteher seine Karte.
Die Inspektoren der Sicherheitspolizei, der sich um diese
Stunde, 11 Uhr vormittags, zum Rapport versammelt
hatten, eilten aus ihren Bureaus herbei, zogen sich aber
unverzüglich zurück, da der Minister dem unerwarteten
Besuch sagen ließ, er sei willkommen und solle ungeleitet
bei ihm eintreten. Dieses Verhalten sowie des Ministers
Worte an den Sicherheitschef: „Lassen Sie mich nur machen,
in diesem Hause werden Verhandlungen angeordnet, aber
nicht vorgenommen“ finden den Beifall der Pariser. Jeden-
falls trug es dazu bei, die Stimmung zu mildern. Nach
der halbständigen Unterredung beschied Clemenceau den
Pariser Präfekten Lepine zu sich und sagte ihm, auf den
Ausgang nach der Rue Cambacière, durch den Albert das
gastrische Haus verlassen hatte, zurecht: „So, jetzt ge-
hört er wieder Euch“. In diesem Augenblick weiß
man noch nicht, ob Albert sich selbst bei den Pa-
riser Gerichten oder in Montpellier stellen wird. —
Albert, der in einem Restaurant speiste, verweigerte jede
Auskunft über seine Unterredung mit Clemenceau, da er
diesem versprochen hatte, Stillschweigen zu beobachten. „Ich
wollte“, erklärte er, „ihm klar machen, daß ich kein kon-
fuser Kopf, sondern durchaus zielbewußt bin. Ich trage
eben meinen Teil Verantwortlichkeit mit reinem Gewissen.
Wäge Clemenceau sich mit einem Teil an den Geiseln
innerlich abfinden. Ich reife heute abend nach dem
Süden, dort werde ich meine Pflicht erfüllen wie bisher.“
Albert fuhr von Freunden begleitet in der Richtung
nach Versailles weiter und begibt sich mit dem Abendzug
nach Montpellier, wo er sich morgen abend den
Gerichten stellen wird. Es verlautet, daß im
Laufe dieser Woche sich ein Minister nach Montpellier be-
geben wird.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 24. Juni.
Die Sperre in über die Brennmaterialien-
Handlung von Paul Roggenkamp, Charlotten-
straße Nr. 29, verhängt worden. Mein Kutcher und
Arbeiter darf dort in Arbeit treten. Die Sperre
ist verhängt worden, weil Herr Roggenkamp anlässlich der
Kohlbewegung der Kohlenarbeiter ein Mitglied der Kohl-
kommission ohne Grund gemäßregelt und jede Unterhandlung
seitens der Organisationsleitungen direkt zurückgewiesen hat.

Deutscher Transportarbeiterverband
Zahlstelle Lübeck.

Wohnung, Sozialarbeiter! Zugang nach Mölln (Lauen-
burg) in fernzuhalten.

Travemünde. Gesperret für Bauarbeiter ist das
Geschäft von Schrödermann.

Berufs- und Betriebszählung. Stadt Lübeck.
Aus sämtlichen 124 städtischen Wahlbezirken liegen jetzt die
Ergebnisse der Zählung vor. Eine vorläufige Aufsummierung
der Kommunisten hat eine Gesamtzahl von 93310 am 12.
Juni ortsanwesenden Personen gegen 91541 durch die letzte
Volkszählung vom 1. Dezember 1905 ermittelt, also ein Mehr
von 1769 ergeben. Zu berücksichtigen ist dabei, daß die vor-
letzte Zählung eine Winterzählung war, während die jetzige
Zählung in einer Jahreszeit stattfand, in welcher ein nicht
unbedeutender Teil der städtischen Bevölkerung auf Reisen
sich befindet. Da bei der Zählung nur die am Zählungs-
tag Anwesenden gerechnet werden dürfen, so bringt die jetzt
ermittelte Zahl die eigentliche Wohnbevölkerung Lübecks nur
unvollständig zum Ausdruck.

Zu Vertretung. Für die Dauer der Abwesenheit des
Senators Dr. Stoob hat Senator Dr. Vermehren den Vor-
sitz in der Steuerbehörde, Senator Nabe den Vorsitz in der
Friedhofsbehörde und in der Vorsteherchaft der Grenau-
stadt, Senator Kulenkamp den Vorsitz in der Vorsteherchaft
des Werk und Zuchthauses zu St. Annen übernommen.

Zu eine Kohlbewegung eingetreten sind die auf hiesigen
Kohlenlagerplätzen beschäftigten Kutcher und
Arbeiter. Es ist Ehrenpflicht eines jeden Kutchers und
Arbeiters, jedes Arbeitsangebot auf Kohlenlagerplätzen so-
lange abzulehnen, bis die Kohlbewegung erledigt ist.

**Wie man den neuen Eisenbahngespätktarif umgehen
kann.** Die Kunstgärtner, die die Wunderpflanze der neuen
Gespätktarifreform gezogen haben, erleben täglich
neue Freude an diesem Erzeugnis ihrer Sachkenntnis. Schon
wieder hat sich eine neue, köstliche Blüte an diesem noch
vielversprechenden Gewächs entfaltet. Ein Handlungsreisender
macht die Welt darauf aufmerksam. Er schreibt dem
„Berl. Expt.“: „Auf meinen Geschäftsreisen führe ich regel-
mäßig zirka 400 Kilogramm Warenmuster mit mir. Nach
dem neuen Gespätktarif müßte ich für den die Gewichtsgrenze
von 200 Kilogramm überschreitenden Teil meines Gepäcks,
also für annähernd 200 Kilogramm, die doppelten Gespätk-
beförderungssätze entrichten, ich hätte also insgesamt etwa
das Dreifache der Tariffsätze zu bezahlen, die für die Beför-
derung von Gepäc bis zum Gewicht von 200 Kilogramm
gelten. Dazu habe ich natürlich nicht die mindeste Lust, und
die kuriose Tarifreform gibt mir in höchst dankenswerter
Weise selbst die Mittel an die Hand, den Urheber des
Tarifs eine Nase zu drehen: Ich nehme mir einfach außer
meiner Fahrkarte 2. Klasse noch eine Karte 4. Klasse.
Dann gebe ich auf meine Karte 2. Klasse die eine Hälfte
meines Gepäcks und auf die Karte 4. Klasse die andere Hälfte
auf. Resultat: Ich zahle für beide Hälften meines Gepäcks
nur die einfachen Tariffsätze. Das Billet 4. Klasse werfe
ich dann fort oder ich schenke es, was noch empfehlenswerter
ist, dem Hotelbdiener. Ich habe immer gefunden, daß die
Hotelbdiener für diese Verwendung ein lebhaftes Verständnis
besitzen; vermutlich sind sie der frohen Zuversicht, für die
Karte einen Abnehmer zu finden. Bei diesem Verfahren
komme ich, zumal da ich weite Strecken reise, immer noch er-
heblich billiger fort, als wenn ich nur eine Karte
„4te.“ Der Gedanke ist, wie die Väter der Tarifreform
leuzend zugestehen werden, verwünscht geachtet. Weder das
Verfahren des Handlungsreisenden noch das des Hotel-
bdieners, der die ihm überlassene Karte zu billigerem Preise
an einen Dritten weiterverkauft, ist rechtlich oder moralisch
anfechtbar. Im Gegenteil: Der gewiegte Reisende wird die
volle Sympathie des Publikums haben, das über die Tarif-
schikanen erbittert ist und jeden Fingerzeig, wie man den Re-
formern ein Schnippchen schlagen kann, mit dankbarer Freude
aufnimmt. Ein weiterer Kommentar zu der Sache ist über-
flüssig; der Widerstand von Tarifbestimmungen, die auf so
genial-einfache Weise illusorisch gemacht werden können, liegt
klar zu Tage.

Heilstättenbehandlung für Lungenerkrankte. Am 1. Mai
1907 waren auf Kosten der Hansestädte zum Teil mit Zu-
schuß von Krankenkassen in Heilstätten für Lungenerkrankte,
in künftigen Kurorten und in Krankenhäusern untergebracht
428 Versicherte, aufgenommen wurden im Laufe des Monats
316 Versicherte, zusammen 744 Versicherte, davon wurden im
Laufe des Monats entlassen 165 Versicherte, mithin befan-
den sich am Schluß des Monats in Heilbehandlung 579 Ver-
sicherte und zwar aus dem Gebiete von Lübeck 55, Bremen
184, Hamburg 340. Außerdem mußten im Laufe des Monats
165 Anträge als ungeeignet abgelehnt werden.

Soldaten als Maurer. Vor einiger Zeit berichteten die
Maurer in einer Statistik, daß der Maurermeister Lüth, in
der Mötslinger Allee wohnhaft, am meisten Kurischen be-
schäftigt: sieben Lehrlinge, ein Geselle. Aber bei diesem
einen Gesellen scheint der Meister nicht genügend zu provi-
dieren, denn man sah in diesen Tagen auch einen Soldaten
bei dem Herrn tätig, und einer war hinten auf dem Hof des
Herrn Lüth mit dem Verfertigen eines Taubenstalles be-
schäftigt. Ob Herr Lüth die Soldaten auf seinen Antrag zu-
gewiesen erhalten oder ob sein Herr Schwiegervater, der als
Erzergant beim hiesigen Regiment dient, die Veranlassung
hierzu ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Abgesehen sind schon
mehrfach Soldaten dem Herrn Lüth zu seinem Brottie be-
hülftlich gewesen. Wenn Soldaten zu solchen Arbeiten Zeit
haben, sollte man ihnen lieber die Dienstzeit verlängern.

Stapelkauf. Am Sonntag nachmittags wurde
auf der Kochischen Werft ein für Rechnung des Norddeutschen
Lloyd in Bremen erbauter Dampfer vom Stapel gelassen.
Das Schiff, Baumnummer 175, erhielt den Namen „Gheng
mai“; es besitzt bei einem Tiefgang von 17'— eine Trag-
fähigkeit von 2000 Tonnen, bei einem Tiefgang von 17'—
eine solche von 2500 Tonnen inkl. Winterkohlen. Die Ab-
messungen des Schiffes sind folgende: Größte Länge 277'—,
größte Breite 40'—, Tiefe an der Seite bis Hauptdeck 19'—,
Höhe des Deckhauses 9' 6" und Höhe der 9-000, Brücke und
Mast 7' 3". Eine Dreifach-Expansionsschraubenschiff-
maschine von 750 Pferdestärken wird dem Dampfer, bei einem
mittleren Tiefgang von 15' eine Geschwindigkeit von minde-
stens 9 Knoten per Stunde geben. Mitte Juli wird „Gheng
mai“ soweit fertiggestellt sein, daß die Abnahme erfolgen
kann. Für dieselbe Keederei ist noch ein ganz gleiches Schiff
im Bau; dieses wird in ungefähr sechs Wochen seinem Ele-
mente übergeben werden.

Straßenverbre. Wegen vorzunehmender Straßenbau-
arbeiten ist die Straße des weißen Vohbergs, von der Wafen-
pmaner bis zum langen Vohberg, vom Montag, den 24.
Juni an ab auf etwa 4 Wochen für den Fuhrwerksverkehr
geleert.

ph. Unterschlagung und Betrug. Gegen einen fremden
Waldgehilfen wurde Anzeige wegen Unterschlagung und
Betruges erhoben.

ph. Diebstahl am Kirchhof. Festgenommen wurde ein
Arbeiter aus Lübeck, der sich des großen Unrats, Wider-
standes gegen die Staatsgewalt, der Verleumdung und der
Zerschlagung schuldig machte.

ph. Festgenommen wurde ein obdachloser Arbeiter, der
in verstellter Nacht widerrechtlich durch ein offenes Fenster
in ein an der Kirchstraße gelegenes bewohntes Haus
gedrungen war. Augenblicklich hatte der Mann die Absicht,
eine Gelegenheit zum Stehlen zu suchen.

ph. Schon wieder ein Fahrrad gestohlen. Am 21. d. M.
gegen 3 Uhr nachmittags wurde vom Haupteingange des
Postgebäudes am Markt ein Fahrrad Marke „Störers Greif“
mit schwarzem Gestell, braunem Sattel, ebensolcher Sattel-
tasche, gerader Lenkstange, Radlannglocke und der Polizei-
nummer 3517 gestohlen.

ph. Erfolg eines Polizeihundes. Dem Schutzmann
Kuhner gelang es gestern früh mit Hilfe seines Polizeihundes
„Greif“ zwei zugewiesene obdachlose Arbeiter festzunehmen,
welche in einem Neubau an der Gertrudewache übernachtet
und bei dieser Gelegenheit mittels Einbruchs aus einer ver-
schlossenen Türe sich eine größere Anzahl Kleidungsstücke
der am Bau beschäftigten Handwerker rechtswidrig ange-
eignet hatten. Der auf die Spur gelegte Hund verfolgte
die Spuren der Täter, und führte sie in den Sandberg-
tannen, wo sie sich gelagert hatten, auf. Einer der Diebe
führte die gestohlenen Kleidungsstücke bei sich.

ph. Unterschlagung. Ein hiesiger Gelegenheitsarbeiter
wurde wegen Unterschlagung zur Anzeige gebracht. Er
erhielt von einem Kaufmann ein 20 Mk. Stück mit dem
Auftrage vom Eigentumschuppen der Eisenbahn eine Nachnah-
mung zu holen. Anstatt aber seinen Auftrag auszuführen,
reiste er mit dem nächsten Zuge nach Hamburg und ver-
brauchte dort das Geld für sich. Er wurde hier fest-
genommen.

ph. Diebstahl im Rückfall. Festgenommen wurde ein
Schlachtergeselle aus Lechow, der wegen Diebstahls im Rück-
falle seitens der Großh. Staatsanwaltschaft in Rostock, fest-
brieflich verurteilt wird.

Stadthallen-Theater. Aus der Theaterkanzlei schreibt
man uns: „Fräulein Josette — meine Frau“, das
heitere französische Lustspiel ist Sonntag zum ersten Male in
Szene gegangen und hat einen großen Erfolg errungen. Es
herrschte im gut besetzten Hause nur eine Stimme des Lobes,
jeder Applaus wurde lebhaft und jubelnd applaudiert, jeder
Darsteller mit Beifallsbezeugung überschüttet. Dienstag wird
das Lustspiel wiederholt. Mittwoch, den 26. d. Mts., geht
Herr Max Schütz sein zweites Gastspiel in der Rolle des
Major Harbeck in Langenscheidts Familiendrama „Um
Nichts“ fort. Die Operette „Giroflos Giroflos“ ist in Vor-
bereitung. Für die Sommerspielzeit sind noch einige neue
Kräfte verpflichtet u. a. ein guter Komiker.

Wilhelm-Theater. Man schreibt uns: Dienstag wird
„Studentenliebe“ von R. W. Koettiger letztmalig wieder-
holt. Für Mittwoch ist eine einmalige Wiederholung der
großen Doppel-Vorstellung vom Sonntag vorgesehen. In
Vorbereitung ist Henrik Ibsens „Rosmersholm“, als
nächstes Gastspiel des Hoftheaters Hans Wahlberg.

Im Wilhelm-Theater ging gestern vor vollbesetztem
Hause die zugkräftige Komödie Otto Ernst's „Nach-
mann als Erzieher“ über die Bühne. Herr Braatz
als Nachmann, Herr Hans Wahlberg als Fleming
und Herr Norden als Regierungsschulrat boten Vorzüg-
liches. Auch die übrigen Mitwirkenden stellten ihre ganze
Kraft in den Dienst der Sache. Stürmischer Beifall durch-
braute ob der großartigen Darstellung das Haus. — Dieser
Auführung ging das zweiaktige Lustspiel „Die Hoch-
zeitsreise“ von Benedikt voran. Das heitere Stück er-
regte allgemeinen Beifall.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgende
Papiere erforderlich:

- 1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist
nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck ge-
boren ist.)
- 2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.
- 3) Militärpapiere.
- 4) Anmeldebchein. (Aus demselben muß hervor-
gehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist,
eventuell bei Gewerbetreibenden oder selbst-
ständigen Handwerkern):

- 6) Gewerbe-Anmeldebchein.
- 6) Innungsmitgliedschein.
Ist der Antragsteller verheiratet, so
sind außer obigen noch folgende Papiere beizu-
bringen:
- 7) Heiratsurkunde oder statt deren: Trauschein und
Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder.
- 8) Geburtschein der Ehefrau.
Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden
ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor
dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und
wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat
der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis er-
hältliches Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem
Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere
sind die gleichen.

Bürger kann jeder volljährige männliche
Angehörige des Lübeckischen Staates werden,
der mindestens in fünf einander folgenden
Jahren seinen Wohnsitz in Lübeck gehabt und
alljährlich Steuern bezahlt hat.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlen-
straße, 1. Etage, Zimmer Nr. 8, Werktags in der Zeit von
9—1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staats-
angehörigkeit ist kostenlos. Für das Nachschlagen von
Schweizer Regale wird eine Gebühr berechnet.

Vom Steuerbureau ist eine Bescheinigung darüber beizu-
bringen, daß für fünf Jahre Steuern bezahlt worden sind.

Parteienossen! Erwerbt das Bürgerrecht!

Schlutup. Bei der Berufs- und Betriebs-
zählung am 12. Juni wurden in meinem Ort in 427 Haus-
haltungen 1668 männliche und 941 weibliche Personen, zu-
sammen 2609 Personen gezählt. Landwirtschaftsarten wurden
202, Gewerbebogen 28 und Gewerbedemulare 180 aus-
gefüllt.

Herrnburg. Bei der Betriebs- und Berufs-
zählung in Herrnburg wurden 172 Haushaltungslisten aus-
gefüllt. Anwesend waren 316 männliche und 345 weibliche,
im ganzen 661 Personen, gegen 598 Personen bei der
letzten Volkszählung. Mithin hat sich die Einwohnerzahl des
Ortes während dieser Zeit um 100 vermehrt.

Hageburg. Anlässlich eines Strafprozesses
wegen Verletzung des Nischereigesetzes auf dem Hageburger
See entstand belamlich zwischen Mecklenburg-Strelitz und
Preußen eine Streitfrage über die Grenzregulierung im Be-
reiche eines zwischen dem Dem und der Waal liegenden
Teiles des Hageburger Sees. Das geschah bereits vor 1 1/2
Jahren und führte zur Vertagung der Straffache. Auch in
dem in dieser Woche neu anberaumten Termin vor dem
Landgericht Arona ist kein endgültiges Urteil gefällt worden,
da die Frage der Grenzverhältnisse noch nicht zum Ab-
schluß gelangt ist. Um diese für die mecklenburgischen An-
wohner des Hageburger Sees so wichtige Angelegenheit
baldigt zu klären, ist von beiderseitiger Seite gebeten, die
preussische Regierung möge die Regulierung der Seegrenze
unmehr endgültig im Einverständnis mit Mecklenburg-
Strelitz zum Abschluss bringen.

Hütrow. Schwesternricht. Wegen Jagdvergehens
und Widerstandes gegen einen Forstbeamten hatte sich weiter
am Donnerstag zu verantworten der Knecht S. Müller aus
Wachow. Der Angeklagte soll am 29. Dezember v. Jz. un-
berechtigt die Jagd auf Wild ausgeübt haben. Der Forst-
beamte Dahlenburg traf den M. im Walde und forderte ihn
auf, das Gewehr abzugeben. Es kam aber zwischen beiden
Personen zu Streitigkeiten, da M. den D. nicht als Be-
amten gekannt und anerkannt haben will. Nun wollte der
Jäger dem Angeklagten das Gewehr mit Gewalt abnehmen,
er zog hierbei den kürzeren und M., der sein Gewehr ab-
solut nicht hergeben wollte, schleifte Dahlenburg ein Stück
mit auf dem Erdboden fort. Die Geschworenen bejahten
die Schuldfragen, verneinten aber die Bedrohung mit dem
Schießgewehr und die Körperverletzung des Forstbeamten.
Demgemäß wurde der Angeklagte wegen Jagdvergehens
und wegen Widerstandes in eine Geldstrafe von 20 Mk. und
in eine Gefängnisstrafe von einem Monat verurteilt; außerdem
wurde auf Einziehung des Gewehrs nebst Munition erkannt. —
Am Dienstag wurde verhandelt gegen die Fleglerfrau J.
M. o. r. aus Malitz wegen Meineids und gegen den
Agenten W. Musall aus Heidorf wegen Anstiftung.
Musall war im Dezember 1906 wegen Jagdvergehens ange-
klagt. In dem Termin vor dem Schöffengericht Bömitz soll
nun die Angeklagte als Zeugin falsch ausgesagt haben. Der
Angeklagte Musall soll sie zu dieser falschen Eidesauslage
benutzt haben. Nach verhandelter Sache und Vernehmung
der Schuldfragen seitens der Geschworenen wurden beide
Angeklagte freigesprochen. — In S. Zucht haus. Der Ar-
beiter Karl Ziel aus Jagdhaus in Breußen hat am 6. Mai
d. J. in Hütrow dem Stellmacher Krickow aus Kl.-Schwie-
fow die Uhr gestohlen. Er wurde deswegen in eine Zucht-
hausstrafe von einem Jahre und zu drei Jahren
Ehrverlust verurteilt!

Odenburg i. Holst. Der bisherige Landtagsabgeord-
nete des Kreises Odenburg, Landrat a. D. v. Dewitz-Char-
lottenburg wird sein Mandat niederlegen. Zu seinem Nach-
folger ist Justizrat Bockelmann in Kiel in Aussicht ge-
nommen.

Wie erlahmen

darf die Arbeiterschaft in dem Bestreben, für
ihre Ziele Propaganda zu machen.
Das beste Hilfsmittel dabei ist

die Arbeiterpresse.

Jetzt ist die beste Gelegenheit, neue Leser und
Abonnenten zu werben. An dieser Arbeit muß
sich jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse be-
teiligen. Jeder muß dessen eingedenk sein, daß
es Pflicht ist, bei jeder Gelegenheit
für den „Lübecker Volksbote“
zu agitieren.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete
und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt; für
den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellings.
Verleger: L. H. Schwan. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

S. V. St.

Dienstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr,
im Lokale P. A. u., Fackelburg.

H. T. V.

Vorstandssitzung Mittwoch abend 8 1/2 Uhr.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten und Bekannten die
traurige Nachricht, daß am Sonntag früh
2 1/2 Uhr unsere liebe, süße, kleine

Käthe

im Alter von 1 Jahr 9 Monaten nach schwerer
Krankheit sanft entschlafen ist.

Tief betrauert und auf das Schmerzlichste
vernicht von Ihren Eltern und Geschwister.

A. Kühne, Töpfer.

Beerdigung Mittwoch, den 26. d., morgens
8 Uhr, vom Sterbehause, Maaßenstr. 7, aus.

Dankagung.

Für bewiesene Teilnahme und Anwesenheit
bei der Beerdigung meines lieben Mannes
sage hiermit allen Beteiligten, insbesondere
den Mitarbeitern der Firma Hoffmann u.
Siegens, sowie Herrn Pastor Heuer für die
tröstlichen Worte unsern innigsten Dank.

Frau Blenk Ww.
nebst Kinder.

Zu sofort zu vermieten

1 Laden nebst Wohnung,

Mitte der Stadt und

1 Laden nebst Wohnung

vor dem Bürger.

Näheres bei **Schlomer, Breitestraße 54.**

Geladen mit Wohnung für jedes Ge-
schäft passend,
Untertrabe 70, 1. Stg., Erste Fischergrube.

Umständehalber ist noch zum 1. Juli eine
Zweizimmerwohnung nebst Zubehör zu ver-
mieten
Sadomastraße 21, I.

Ein Brautpaar sucht zum 1. September
eine kleine Wohnung vor'm Holstentor, in
der Nähe der Schwartauer Allee.

Ang. u. K 15 an die Exp. d. Bl.

Gesucht eine Parterre-Wohnung, am
liebsten mit kl. Hofplatz, zum 1. Oktober.

Off. u. P M an die Exp. d. Bl.

Gesucht eine Wohnung von 3 Zimmern
und Zubehör im Fr. bis 230 Mk. zum 1.
Oktober.

Off. u. Z D an die Exp. d. Bl.

Sofort ein Junfräulein

außer der Schulzeit
Margaretenstr. 1.

Gesucht ein größeres sauberes Lauf-
mädchen, nicht unter 12 Jahren.

G. Langhoff, Fischergrube 40, I.

Eine einjährige Sportkarre zu kaufen ge-
sucht. Ang. mit Preisang. Glorinstr. 36, I.

Zu kaufen gesucht ein guterhaltener Fahr-
rad.

Ang. mit Preisang. u. A K b a. d. Exp.

5 guterhaltene Mädchenkleider billig zu
verkaufen. Zu sehen Vorbeckstraße 15a.

Fahrrad, gut erhalten, billig zu verfn.
Depenau 5, I.

Für Hausstandslumpen 4 Wfg. per Pfund
aufwärts, für Eisen und Metalle zahle höchste
Preise. Bitte Postkarte.

Waisenhoffstraße 25.

Adolf Hübner Uhrmacher u. Gold-
arbeiter, Fünfhaus 13

Uhren einzeln 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Ernst Gentzen, Uhr-
macher
Königsstraße 62, b. d. Hühnerstraße
Gebe rote Rabattmarken.

Gute Zigarren, 100 Stk. 2.90 Mk.
Johannisstr. 17/19.

**Holsteinischer und mecklenburger
Land-Schinken**

im Ausschnitt per Pfund 1.60-2.00 Mark,
in Stücken v. 2-5 Pfd. u. mehr Pfd. 1-1.20 Mk.

Prima Schinken- und Speck.

Schultern im Ganzen per Pfund 90 Wfg.
fr. Mecklenburger Mettwurst.

Fernspr. 1854. **Heinr. Franck,** Wahnstr. 67.

**Vereinigte Butterhändler
von Lübeck und Umgegend.**

Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfund 1,20 Mark.

Achtung!
Zentralverband der Zimmerer
und verw. Berufsgeg. Deutschlands.
(Zahlstelle Lübeck)

Laut Beschluß der Versammlung vom
20. Juni d. J. ist jedes Mitglied verpflichtet,
in der Zeit vom 6. Juli bis 16. August einen
Einzeltbeitrag von 3 Mark zu zahlen.

Der Vorstand.

Friedr. Meyer & Comp.

Buchdruckerei — Buchhandlung

Johannisstraße 46 — LÜBECK — Fernspr.: Nr. 926

Anfertigung

von

Plakaten

Broschüren

Flugblättern

Statuten

Mitgliedskarten

Eintrittskarten

Programmen

Festliedern.

Herstellung sämtlicher

== Buchdruckarbeiten ==

in ein- u. mehrfarbigem Druck

Für Massenaufgaben: Rotationsdruck.

Solide Preise. — Prompte Lieferung.

□ □

Verlag des Lübecker Volksboten

Anfertigung

von

Briefbogen

Kouverts

Rechnungen

Quittungen

Mitteilungen

Adresskarten

Zirkularen

Visitenkarten.

„Die Neue Zeit“

— Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. —
Buchhandlung u. Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

Wegen Geschäftsverlegung

am 1. Juli nach der

Huxstrasse 71

Großer Ausverkauf

Uhren und Goldwaren

zu enorm billigen Preisen.

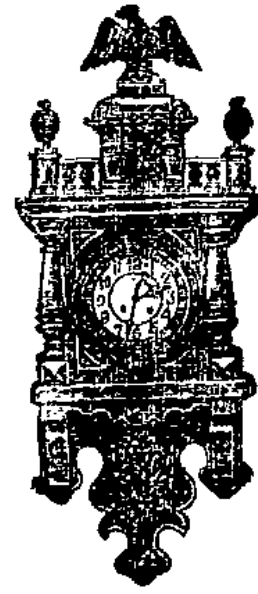
Gebe um möglichst zu räumen

20-25 Prozent Rabatt.

Uhrmacher.

C. Lüneburg

Marktwieter 2.



: Arbeiter - Bildungs - Schule Lübeck :

|| Vortrags-Zyklus ||

über folgende Vorkämpfer des Proletariats:

Robert Owen, Charles Fourier, Ferd. Lassalle, Karl Marx,

:: Friedrich Engels, Wilhelm Liebknecht und Ignaz Auer ::

1. Vortrag am Montag, den 24. Juni, abds. 8 1/2 Uhr:

.. : Ferdinand Lassalle .. :

Referent: Dr. Schlomer.

Der Zutritt zu diesen Vorträgen ist unentgeltlich.

Zahlreicher Beteiligung an diesen im „Vereinshaus“,
Johannisstr. 50-52, stattfindenden Vorträgen sieht entgegen

... Der Vorstand ...

Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Lübeck.)

Mitglieder - Versammlung

am Dienstag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr,
im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Regelung der Miete-Unterstützung.
2. Beschlussfassung über die Extrabeiträge.
3. Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Zimmerer
u. verw. Berufsgeg. Deutschlands.
(Zahlstelle Lübeck.)

Den Kameraden zur Kenntnis, daß das
Mitglied M. Giese auf Versammlungs-
beschluß lt. § 11 Abs. 2 unseres Statuts aus-
geschlossen worden ist.

Der Vorstand

Achtung!
Kafearbeiter
(zentral).

Versammlung

sämtlicher
bei den Holzbedeckten beschäftigten
organisierten Arbeiter

am Dienstag, den 25. Juni,

abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:
Bericht der Lohnkommission.
Das Erscheinen sämtlicher Arbeiter ist
dringend notwendig.
Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.
Der Vorstand.

Morgen, Dienstag,
den 25. Juni, abends 9 Uhr,

Sänger-Abend
bei Herrn Kirchner,
Wakenitz-Bellevue.
Gäste willkommen.

Wilhelm-Theater.

Dienstag: 37. Abonnements-Vorstellung.
Letzte Aufführung von

Studentenliebe.

Lustspiel in 4 Akten von Noetiger.

Anfang 8 Uhr.

Mittwoch: Gastspiel D. Wahlberg.

Einmalige Wiederholung von

Die Hochzeitsreise.

Flachmann als Erzieher

Stadthallen-Theater.

Direktion: Ludwig Piorkowski.
Dienstag, 25. Juni, Anfang 8 Uhr:
Des großen Erfolges wegen zum 3. Male:
Fräulein Josette — meine Frau!

Lustspiel in 4 Akten v. Cavault u. Charvey.
Mittwoch: 2. Gastspiel
Max Schütz
vom Deutschen Theater in Berlin.

Um Nichts.
Familiendrama in 4 Akten von Langenscheidt
Gartenkonzert.

Billetvorverkauf bei F. W. Kiesel und
Otto Borchert, Breitestraße, sowie an der
Theaterkasse.
Dugendbillets für alle Plätze gültig, täglich
an der Theaterkasse zu haben.

„Mittelstand“ und „Mittelstandsbewegung“.

Die sogenannte „Mittelstandsbewegung“ und „Mittelstandspolitik“ hatten viele für eine erst in neuester Zeit zu Tage getretene Erscheinung. Das ist ein Irrtum. Eine von bestimmten wirtschaftspolitischen Anschauungen und Forderungen ausgehende Propaganda für Wahrung und Förderung der Interessen derjenigen Bevölkerungskreise, die man als „Mittelstand“ bezeichnet, hat es in früheren Jahrhunderten schon gegeben. „Die gute alte Zeit“ ist reich an Beispielen solcher Propaganda. Wir brauchen nur in die Geschichte des Handwerks einzugehen, um ihrer sehr viele und sehr drastische zu finden. Die Klagen über den Verfall des hauptsächlich von der Masse der kleinen selbständigen Gewerbetreibenden gebildeten „Mittelstandes“ sehen ein mit der vom Kapitalismus bewirkten großen wirtschaftlichen Umgestaltung, und sie nehmen zu, je mehr diese Umgestaltung fortschreitet. Und schon früher quälten Regierungen sich ab mit der Frage, wie der Mittelstand zu schillern gegen die kapitalistische Wirtschaft. Gegen die Entwicklung dieser Wirtschaft selbst nichts zu unternehmen, sie vielmehr zu fördern, waren die Regierungen schon in Rücksicht auf ihre eigenen Interessen klug genug. Aber dem Mittelstande sollte doch „geholfen“ werden. So versiel man auf die Aufhebung der Zünfte. Das war echte und rechte „Mittelstandspolitik“. Man konnte sich der Einsicht nicht verschließen, daß die starre zünftlerische Organisation nicht mehr von Nutzen, sondern von Schaden für das Handwerk sei. Mit ihrer Aufhebung hoffte man dem Handwerk neue Lebensfähigkeit zu geben; in „Freiheit“ sollte es wieder gedeihen. Auf diese Ansicht treffen wir bereits im ersten Drittel des 17. Jahrhunderts, und im Jahre 1672 hatte ein deutscher Reichstag sich mit dem Vorschlage, die Zunftbeschränkungen gänzlich aufzuheben, zu beschäftigen. Später wurden die Zunftordnungen in Deutschland mehrfach revidiert. Im Jahre 1810 wurde in Preußen ganz plötzlich, ohne jeden Übergang, die völlige Gewerbefreiheit eingeführt; 1849 aber entschloß sich die Regierung, schlimmen Ratschlägen folgend, zur teilweisen Wiederherstellung des Zunftzwanges, um der „Unzufriedenheit des Mittelstandes zu begegnen“. In den fünfziger und sechziger Jahren wurden zahlreiche Handwerker bei der Regierung vorstellig um Beseitigung dieser Beschränkungen.

Ein anderer Teil der Handwerker hingegen demonstrierte — wie der konservative Sozialpolitiker Huber (Soziale Fragen, VI) berichtet — auf Handwerker-tagen (Weimar 1862 und Queblinburg 1867), erfüllt von einem „im bedenkenlichsten Sinne reaktionären Geiste“, für Wiederherstellung des alten Zunft- und Innungswesens — Bestrebungen, die besonders von Hamburg aus gefördert wurden. Preußen erhielt dann neuerdings Gewerbefreiheit durch die mit den übrigen Staaten Norddeutschlands gemeinsame Gewerbeordnung von 1869, welche 1871 auf das neue Deutsche Reich überging.

Aber was Huber den zünftlerisch gesinnten Handwerkern vorgeworfen hatte, „gänzlicher Mangel an Verständnis für die Verhältnisse und Umstände der Gegenwart und der Vergangenheit“ — das schwand nicht. Im Gegenteil, die zünftlerische Borniertheit erhielt durch die auf den Milliardenregen aus dem deutsch-französischen Kriege folgende schwere wirtschaftliche Krise in den siebziger

Jahren neue Nahrung. Und nunmehr setzte die „Mittelstandsbewegung“ ein, die seitdem sich stetig zu einem sozialpolitischen Humbug sondergleichen entwickelt hat.

Alle reaktionären Parteien, die Kon-servativen mit dem Junkertum an der Spitze, das Zentrum, der Antisemitismus und selbst ein Teil der Nationalliberalen sind an dieser Bewegung beteiligt. Sie alle treiben „Mittelstandspolitik“, aber aus Berechnung; sie wollen aus der naturgemäßen und unaufhaltsamen, vom Kapitalismus bewirkten Zerlegung der bürgerlichen Gesellschaft für ihre resp. Parteiinteressen profitieren, indem sie „Freundschaft“ für den „Mittelstand“ heucheln, für die Masse des Kleinbürgertums, welches unrettbar der wirtschaftlichen Entwicklung zum Opfer fällt. Sie geben an, dem „Mittelstande“ helfen zu wollen und zu können; es sei möglich, die vernichtenden Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaft von ihm abzuwenden.

Was ist denn das nun aber für Ding, der „Mittelstand“? Genau betrachtet nichts anderes als eine Fiktion! Was eine Klasse ist, das muß sich genau feststellen lassen; die Feststellung ist gegeben mit dem Begriff, wonach ein Stand oder eine Klasse, gebildet von solchen Menschen, die eine bestimmte und genau abgegrenzte wirtschaftliche und soziale Stellung mit gemeinsamen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Interessen haben. Was Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse ist, weiß man; ihr Charakter, ihre scharf abgegrenzten gegenseitigen Interessen liegen offen zu Tage; man braucht nicht erst nach ihnen zu suchen. Aber „Mittelstand“? Welche Volkselemente gehören zu ihm? Welches sind die gemeinsamen Interessen, die dieser „Stand“ hat? Unsere Mittelstandspolitiker rechnen zu ihm völlig willkürlich alle diejenigen, die nicht zu den höheren und wirtschaftlich maßgebenden Klassen, zu den großen Unternehmern, den großen Kapitalisten und nicht zur Arbeiterklasse, zu der Masse der um Lohn Arbeitenden gehören. Alles, was dazwischen wimmelt und lebt, soll der sog. Mittelstand sein; die Masse der selbständigen Handwerker, der kleinen Gewerbetreibenden aller Art, Zwischenhändler usw., der besser bezahlten Angestellten in öffentlichen und privaten Betrieben, der kleinen Bauern u. c. Alle diese Elemente nennt man zusammen den „Mittelstand“, auf welchem nach der Versicherung der Mittelstandspolitiker die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung wesentlich mit beruhen soll.

Die Anwendung des Wortes und Begriffes „Stand“ auf diese Masse ist schon deshalb ein Nonsens, weil sie sich zusammenfügt aus allen möglichen „Ständen“ und Berufen, denen die verschiedensten, häufig einander scharf widerstreitenden Interessen eigen sind. Es ist ein unentwirrbares Durcheinander von Gruppen und Claqueurs, von denen jede ihre Sonderinteressen hat, so daß von Standesinteressen im richtigen Sinne des Wortes gar nicht die Rede sein kann. Es gibt klar erkennbare und genau abgrenzbare Interessen der ganzen Arbeiterklasse. Aber man nenne uns ein einziges Interesse, welches den Millionen gemeinsam ist, die als „Mittelstand“ bezeichnet werden. Es gibt keines! Wird für die Kleinbauern, von ihnen selbst und von ihren guten Freunden, den Agrariern, sowie seitens gewisser Unternehmungskreise für bestimmte Großindustrien geltend gemacht, eine scharfe Schutzpolitik liege in ihrem Interesse — so erklären ganz richtig die Massen der kleinen Gewerbetreibenden, Hand-

werker, Kaufleute u. c., daß sich eine Politik ihren Interessen widerspreche. Wir haben in den letzten Jahren anlässlich der parlamentarischen Erledigung der Zolltarif- und Steuerfragen viele Hunderte von Rundgebungen aus den Kreisen des „Mittelstandes“ gelesen, in denen die Interessengegenstände scharf hervortreten. Was die einen in ihrem Interesse fordern, das verwerfen die anderen als unvereinbar mit ihren Interessen. Jede Interessentengruppe möchte eine Extrawurst gebraten haben; jede verlangt die Berücksichtigung ihrer Interessen und die Nichtberücksichtigung der Interessen anderer Mittelstandsleute.

Die Mittelstandsbewegung hat mehrere große Zentren: 1. im Bund der Landwirte und der anderen Bauernbünde, 2. im Bund der Grundbesitzervereine, 3. in den Innungsverbänden, 4. im Zentralverband deutscher Kaufleute, 5. in den Verbänden der Gastwirte — der schier zahllosen kleinen Interessentengruppen gar nicht zu gedenken. Wer will es unternehmen, nachzuweisen, daß diese Interessengruppen durch eine „Harmonie der Interessen“ miteinander verbunden sind? Es kann keiner auch nur den Versuch dazu machen, ohne sich dem Fluch der Lächerlichkeit in den Augen aller vernünftigen Menschen auszusetzen. Denn die einander widerstreitenden Erwerbsinteressen machen sich geltend, und jede Interessengruppe verlangt ein Erwerbsprivileg für sich zum Nachteil anderer Gruppen. So z. B. zernern die Gastwirte über den ihnen vom Flaschenbierhandel bereiteten „unlauteren Wettbewerb“. Die echten und rechten Künstler hätten am liebsten die genaue Abgrenzung der gewerblichen Tätigkeit wieder, wie sie in der „guten alten Zeit“ bestand und wie sie zum Teil in Osterreich wieder eingeführt worden ist, wo infolgedessen die lächerlichen Streitigkeiten darüber, was ein Handwerker arbeiten darf, ob z. B. ein Bäcker berechtigt ist, Konditorwaren anzufertigen, von den Verwaltungsbehörden entschieden werden müssen. Auf einer Versammlung von Gewerbetreibenden in Berlin im Jahre 1898 wurde ernsthaft darüber gestritten, ob der Verkauf von Gänsen Sache der Schlachter sei und ob die Materialwarenhändler auch frisches Fleisch und Wurstwaren führen dürfen.

Und all diese „Mittelstands“-Gruppen rufen den Staat, die Reichsregierung, die Reichsgesetzgebung um ausgiebige Hilfe an. Und jede behauptet, sie sei unentbehrlich im Wirtschaftsleben; ohne sie und ohne die Berücksichtigung ihrer Interessen müssen Staat und Gesellschaft schweren Schaden nehmen oder gar zu grunde gehen.

Die reaktionären Gewalten tun ja denn auch so, als wollten und könnten sie helfen; sie lassen sich zu den aburdehsten „mittelstandspolitischen“ Maßnahmen herbei, indessen die Zerlegung und Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft unaufhaltsam vor sich geht.

Lange liegt die Zeit zurück, wo es einen auf gewissen einheitlichen Interessen beruhenden Mittelstand gab. Was man heute so nennt, ist jenem nicht vergleichbar. Dieser Mittelstand hatte gar keine oder nur wenige proletarische Existenzen. Heute aber ist in den Massen, die als Mittelstand gelten sollen, das proletarische Element schon sehr stark: Menschen, die von der Hand in den Mund leben und oft selbst das nicht können; Menschen, die im Zustande der Armut und nicht selten in schlechterer Lage sich befinden, als die Lohnproletarier.

Die sogenannte staatszerhaltende Politik setzt sich in einen ungeheuren Widerspruch. Daß ein Lohnprole-

Kathleen von Killarney.

Eine Geschichte aus Irland.

Von Johanna Fellmann.

(10. Fortsetzung.)

„Und Larry —“

„Larrys Tod hat mich ungerecht gegen Sir Harold gemacht — es ist wahr — aber ich weiß, er ist ebenso unschuldig daran wie du, wie ich —“

„Du verteidigst ihn — du, Kathleen — und diese Klüftung und die Schmach, die er uns antut — das Verschwinden des Gärtners — glaubst du, ich weiß nicht, daß er heimliche Zusammenkünfte mit dir sucht —“

„Wir wollen fortziehen, Vater; alle Heiligen, wenn du dich verschworen hättest —“

„Wer sagt es? Geh und lege dich —“

„Nein, nein, du hast es getan, ich habe es ja aus deinem eigenen Munde vernommen, alles, alles weiß ich!“ ruft sie händeringend. „Du sollst und darfst die Hand nicht an Sir Harold legen!“ Und sie umklammert ihn in ihrer Herzensangst. „Daß ab, laß ab, Vater — kein O'Donnell soll unter dem Pentersbeil sterben — denke an mich, denke an den kleinen Tim —“

„Du bist wahnsinnig!“ Und mit heftiger Bewegung schüttelt er sie von sich.

„Vater —“

„Was ich gelobt habe, das muß ich halten — ich bin verflucht, wenn ich morgen ausbleibe; aber ich will nicht ausbleiben, Kathleen — eher soll meine Hand verdorren, als daß ich einen Meineid schwöre! Es ist nicht Rache, die mich treibt — wir alle sind besetzt von demselben Gedanken; es ist der Drang nach der Freiheit, die das Geld verleiht; es ist die bittere Armut, die sich gegen den Reichtum auflehnt — wir haben denken gelernt —“

„O, dieses unfelige Trinken, es hat dir den Verstand verwirrt!“ jammerte sie; „wenn die Mutter lebte, du würdest nicht so tief gesunken sein!“

Das Wort Mutter wirkt wie ein Zauberspruch — er hat sie lieb gehabt, diese fleißige, aufopferungsfähige Frau.

Die Hände, mit denen er wild in der Luft gefochten hat, sinken ihm schlaff nieder.

„Geh, Kathleen, leg dich jetzt! — Geh“, heischt er, wieder wild auffahrend, als sie noch an der Schwelle zögert, „leg dich schlafen, ich will es!“

Schlafen — wer kann schlafen, wenn Mordgedanken sich zur Tat verkörpern wollen!

Welch ein Jammer! Alles Schwere, was Kathleen erlebt hat, es dünkt sie nichts im Vergleich zu dem, was ihr bevorsteht; eine furchtbare Last, die sie nicht abwälzen kann, hat sich auf ihre Brust gelegt. Sie sieht keinen Ausweg aus dieser Gefahr, denn warnt sie Sir Harold, so bringt sie die ganze bisher ruhige Gegend in Verruf; Unschuldige und Schuldige, alle, alle werden sie verdächtigt werden!

Und wenn es mißlingt, dieses von den verschworenen Feinden geplante Attentat, werden sie sich nicht blutig an dem Vater rächen?

Schaudernd birgt Kathleen das Haupt.

Sie müssen fliehen — sie will den kleinen Tim hinaustragen, sein Anblick wird den Vater rühren — aber fliehen — wohin — mittellos, wie sie ist? — Und dann, hat sich nicht das Netz der Verschworenen um das ganze Reich gezogen? Überall wird man den Vater, den Verräter, zu finden wissen!

Die ganze Nacht hindurch martern sie die furchtbarsten Seelenqualen, und über ihr im Dachstübchen wandelt der Vater auf und ab.

Schon steigt die Sonne empor am Himmel, da senken sich erst ihre müden, brennenden Lider zu einem traumlosen Schlaf.

Als sie spät am Morgen erwacht, scheint ihr alles ein wüster böser Traum — dann aber springt sie auf und sucht den Vater.

Seine Kammer ist leer, das Bett unberührt. Welch ein Schwall, heißer Sommertag!

Wie brütend ruht die ganze Natur.

Die Luft zittert und flimmert über den dürstenden Grashalmen; träge ruht das Vieh auf den Feldern im Schatten der unbewegten Bäume; lautlos fließt der kleine Bach am Haus, langsam steigt der bläuliche Rauch aus Schornsteinen empor — auf allem lagert die erdrückende Schwüle — es ist ein Tag, an dem das Verbrechen reif wird.

Müde, mit einer furchtbaren Schwere in den Gliedern, steht Kathleen ratlos in der Kammer; wenn sie nur beten könnte wie früher, beten, wie damals nach der eigenen Sünde — aber nein, wie auch ihre Lippen jetzt murmeln, ihr Herz empfindet nichts, empfängt keinen Trost mehr vom Gebet.

Soll sie zu Vater Mulligan gehen, ihn um seinen Rat bitten? Nein, auch er soll nicht das Entsetzliche von den Lippen der Tochter

des Verbrechers hören; denn die Verschwörung mit den Empörern ist ja schon ein Verbrechen.

Sie wird die Tat nicht abwenden können; sie selbst und ihr Kind, alle, alle werden die Folgen tragen müssen! Aber flieht nicht dort der Fluß, der ihr Ruhe geben kann? Sie will nicht länger kämpfen, sie ist so müde, so müde dieses entsetzlichen Erdenlebens!

Doch wer weiß, vielleicht kommt der Vater wieder heim — er muß heimkommen!

Es läßt sie nicht in der Kammer. Doch wohin? Überall überall diese erstickende Luft — sengend heiß fallen die Sonnenstrahlen; grell liegt das Licht auf dem welkenden Kartoffelkraut.

Da erinnert sich Kathleen, daß noch ein alter, großer Wagenstirn auf dem Boden steht, Miriams Mutter hat denselben ihrer Mutter vor vielen Jahren geschenkt, damit die kleine Kathleen unter ihm im Freien spiele, denn kein Baum spendet Schatten in der Nähe der Schmiebe.

Unter dem großen blauen Schirm sitzt sie jetzt und versucht zu arbeiten; neben ihr spielt der kleine Tim und haucht die roten, goldig glänzenden Käfer, die langsam über den Pfad kriechen.

Wie ist es doch so heiß — selbst der Falter ist zu müde, um weiter zu flattern; mit gesenkten Flügeln hängt er träumend an der goldenen Ginsterblüte der bestäubten Gede.

Lähmend wirkt diese Ruhe und Stille auf Kathleen; ihre Gedanken selbst scheinen stille zu stehen.

Längst ist die Arbeit den feberheißen Händen entfallen; die blinkenden Nadeln des Klöppelstoffs glihern zwischen dem Kartoffelkraut; die Garnmäule haben sich entrollt und verwirre Fäden schlingen sich um die niederhängenden Stengel.

Der Kleine liegt entschlummert auf dem roten Mantel, den sie ausgebreitet hat. Sir Harold's Kind unter dem Schirm, dem Geschenk der Mutter Miriams!

Wie wunderbar sich die Fäden des Lebens verschlingen! „Wir spinnen sie selbst“, denkt Kathleen. „Auch Larry würde jetzt noch leben, wenn der Vater nicht im trunkenen Wut die Reden geführt hätte!“

Das Denken strengt sie an; müde starren die Augen in die sonnendurchflutete Landschaft.

Wie geschmolzenes Blei, so schimmert von weitem die See zwischen den grün bewaldeten Bergen und den uferlosen Felsen, und wie sie schaut, da ist ihr, als ob sich

tarlat bestehen und daß dasselbe stetig sich vermehren müsse, betrachtet sie als selbstverständlich, als die unerläßliche aller Voraussetzungen der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Und in der Frage der „Mittelstandspolitik“ behauptet sie, es müsse verhütet werden, daß der „Mittelstand“ ins Proletariat verfinke, da sonst die „bestehende Ordnung“ gefährdet sei.“ Ist ein toller Widerpruch denkbar? Hat denn irgend ein Mensch nach Maßgabe dieser Ordnung ein erweisliches Recht, nicht ins Proletariat zu fallen? Die „staatsverhaltende“ Politik treibt plumpen Schwindel. Aber auch der wird ein Ende nehmen!

(Aus dem „Grundstein.“)

Die österreichische Sozialdemokratie und die Zukunft Österreichs.

In dem zweiten Jahrgang der Zeitschrift „März“ hat unser Parteigenosse Dr. Viktor Adler die gewaltige, unwägbare Bedeutung der österreichischen Wahlen für das österreichische Staatswesen gewertet. Wir entnehmen dem Adlerschen Aufsatz einen Passus, der sich auf die Aufgaben der Sozialdemokratie in der zukünftigen Entwicklung Österreichs bezieht.

„Adler“, schreibt Adler, „hat die Sozialdemokratie zu befragen, was das Bürgerrecht zu tun und lassen hat; der Kampf für politische Freiheit liegt überall fast ausschließlich auf ihren Schultern. In Österreich aber fehlt dem Proletariat die wichtigste Bedingung, der Boden für seine Entwicklung, fehlt ihm der Staat. Die Bureaucratie und die herrschenden Klassen waren bisher unfähig, diesen Staat zu konstituieren. Der einzige Versuch, Österreich die Gestalt zu geben, die ihm einzig Existenz und Entwicklung verbürgen kann, aus ihm einen demokratischen Völkerstaat zu machen, wurde 1848 gemacht und von der Militärdiktatur brutal niedergeschlagen. Zwischen dem kaiserlichen Reichstag und dem heutigen Parlament des gleichen Wahlrechts liegt eine Welt politischer Elends, verbrecherischer Dummheit und feiger Verzweiflung an der Zukunft des Landes. Wenn aber die bürgerlichen Klassen sich dabei bescheiden, zu verzweifeln, wenn sie schwanken zwischen fatalistischer Lethargie und hysterischer Tobsucht, — die Proletarier aller Nationen, die in Österreich leben, haben nicht die geringste Lust, zu verzweifeln, sind vielmehr erfüllt von einem starken Willen zum Leben und sind entschlossen, diesen Staat, in dem die acht Völker oder Völkchensplitter miteinander zu leben berufen oder verurteilt sind, zum Instrument ihrer Entwicklung zu gestalten. Für die Sozialdemokratie ist das Parlament des gleichen Wahlrechts der erste Schritt einer Umwälzung, die zur völligen Neugestaltung dieses Staates führen muß. Österreich muß die staatliche Selbstständigkeit erringen und kann das nur, indem es Ungarn gewährt, was es selbst verlangt. Nicht mehr darf unsere Staatlichkeit, dürfen unsere wirtschaftlichen Interessen den Interessen der Dynastie und dem Phantom des Gesamtstaates geopfert werden, wie es die selbsterlöschende Tradition der österreichischen Politik bis heute geibt. Das ist der Gesichtspunkt, unter dem die Fragen zu behandeln sein werden, die dem Parlament unter dem Titel des Ausgleiches mit Ungarn zur Lösung vorliegen werden.“

Durch die definitive Auseinandersetzung mit Ungarn muß der Staat Selbstständigkeit und Freiheit gewinnen, durch die Lösung des nationalen Problems muß er die Lebensmöglichkeit erringen. Haben sich die Völker Österreichs mit der Tatsache abgefunden, daß es für sie auf absehbare Zeit keine Aussicht auf ein Leben außerhalb dieses Staates gibt, dann müssen sie sich entschließen, ihr Leben nebeneinander in diesem Staate so zu ordnen, daß die ungehemmte nationale, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung verbürgt ist. Mag es schmerzhaft sein, irredentistische Utopien aufzugeben, das Leben darf nicht so verlockenden Träumen geopfert werden. Das Zusammenleben der Nationen in Österreich ist aber nur möglich, wenn jedem Volke volle Autonomie, volle Selbständig-

keit gewährleistet, wenn jede nationale Herrschaftsbefreiung endgültig aufgegeben wird. Die Deutschen werden nichts dabei verlieren, wenn sie aufhören, die Mittel- und Ostösterreich zu sein, wenn sie ihre nationale Zukunft als erstes unter den gleichberechtigten Völkern aus eigener Kraft gestalten. Das alte Österreich hat die Deutschen zu Zwecken mißbraucht, denen es nicht gewachsen war, hat ihnen mehr genommen als gegeben. An Stelle des altösterreichischen, leer und dekrepit gewordenen Staatsgedankens muß die Solidarität national freier und selbständiger Völker treten, deren Kraft entfesselt, deren Entwicklung verbürgt ist durch die Autonomie und Demokratie. Österreich wird ein demokratischer Nationalitätenstaat sein, oder es wird nicht sein. Der Gedanke der nationalen Autonomie ist von der Sozialdemokratie vor zehn Jahren programmatisch festgelegt worden. Seitdem hat er einen großen Weg gemacht, ist zum Schlagwort deutscher wie tschechischer nationaler Bestrebungen geworden; den entscheidenden Schritt aber hat er noch zu tun, den Schritt, der die Kronlandsgrenzen endgültig durchbricht und an Stelle der historischen Gebilde des feudalen Staatsrechtes, moderne Organisationen setzt. Heute werden die bürgerlichen nationalen Parteien, Deutsche wie Slawen, noch stüßig bei dem Gedanken der Landeszerreißung, während sie die Zerstückelung der Nation in Kronlandsstücken geduldig ertragen. Aber die Zusammenfassung der Nationen liegt in der Vernunft der Dinge; die Notwendigkeit der Völker wird sich durchsetzen. Mit dem Parlament des gleichen Rechtes ist die Möglichkeit gegeben, diese Umwälzung und Neugestaltung Österreichs zu vollziehen. Die Sozialdemokraten aller Nationen in Österreich haben diese Neugestaltung als die Lebensbedingung des Proletariats erkannt, sie steht an der Spitze ihres Programms, wie die Einheit und Freiheit Deutschlands an der Spitze des Programms der jungen deutschen Sozialdemokratie stehen mußte. Genau in demselben Sinn wie ihre Brüder im Reiche sind die Sozialdemokraten Österreichs eine Staatspartei. In der internationalen Solidarität der Proletarier aller Zungen in Österreich verkörpert sich, und vorläufig in ihr allein, jene Solidarität der Interessen, die Österreichs freie Völker in ein lebensfähiges, lebensmutiges Staatsgebilde zusammenfassen wird.“

Soziales und Parteileben.

Zum Kampf im Berliner Baugewerbe. Der Zentralverband der Maurer Deutschlands, Zweigverein Berlin, hielt am Mittwoch Abend in der Brauerei Friedrichshain eine außerordentliche Generalversammlung ab, um den Bericht über den gegenwärtigen Stand der Lohnbewegung entgegenzunehmen. Silberstein leitete aus, daß der Stand der Bewegung als äußerst gut zu bezeichnen sei. Vor Ausbruch des Streiks arbeiteten in Berlin 17 000 Maurer, ebensoviele Bauhilfsarbeiter, sowie 6700 Zimmerer. Nach der neuesten Zählung vom vergangenen Montag arbeiten jetzt zu den neuen Bedingungen von den Maurern 2418 Verbandsmitglieder, 711 Lokallisten und 118 Christliche, insgesamt also 3600 Maurer, von den Zimmerern 1806 Verbandsmitglieder und 114 Lokallisten, zusammen 2947 Zimmerer, und von den Bauhilfsarbeitern 3200 Zentralverbändler und 115 Lokallisten, zusammen also 3315 Bauhilfsarbeiter. Im Streik beziehungsweise Ausperrung befinden sich noch von den Maurern 4541 Verbändler, 1410 Lokallisten und 200 Christliche, zusammen 6151 Maurer, von den Zimmerern 1503 Verbandsmitglieder und 793 Lokallisten, zusammen 2286 Zimmerer, und von den Bauhilfsarbeitern 4906 Verbändler und 543 Lokallisten, insgesamt als 5449 Bauhilfsarbeiter. Im ganzen arbeiten 9949 zu den neuen Bedingungen, während sich noch 18 876 im Streik befinden. Mit den Maurern sind bisher 678 und mit den Zimmerern 450 Verträge abgeschlossen worden, darunter befinden sich 23 Mitglieder des Verbandes der Baugeschäfte. Was die Öffnung der Bauten am 1. Juli beträfe, so führte Redner weiter aus, so dürfte es den Unternehmern kaum gelingen, für die auf den stillliegenden Bauten fehlenden 12 000 Arbeitskräfte auch nur 3000 heranzuschaffen. Die Organisation habe außerdem die schärfsten Maßnahmen ergriffen, um den Zuzug von außerhalb fernzuhalten. Die Gesamtlage sei für die Arbeitnehmer eine äußerst günstige, und ohne Vertüzung der Arbeitszeit könne und dürfe es zu keinem Friedensschluß kommen. Beschlossen wurde endlich, daß die Abschlüsse von neuen Arbeitsverträgen nur noch im Zentralbureau zu erfolgen habe.

Der Streit der Maschinisten und Heizer der Schleppe, Fracht- und Engländerdampfer des Rheinstroms. Die Arbeitsüberlegung wurde in allen Streikorten mit großer Einheitslichkeit und Präzision durchgeführt. Trotzdem Kapitäne und Meister sich alle Mühe gaben durch Verprechungen und Lockungen — einige boten sogar auf Veranlassung ihrer Firmen doppelt hohe Löhne — die Leute an Bord zu halten, gab es kein Halten mehr. Wußten doch die getnehteten, ausgebeuteten Proletarier, welchen Wert solche in höchster Not gegebene Versprechen haben. Die Antwort, welche man gab, war in jedem Falle die gleiche und lautete: nicht eher, bis die Forderungen unterzeichnet und der Verband die Parole zur Wiederaufnahme der Arbeit ausgibt. Bereits am ersten Tage standen in den fünf Streikorten des Stromgebietes circa 300 Mann im Ausstand. Mit dem nächsten Tage stieg die Zahl auf 500. Sobald ein Boot einen als Streikort bestimmten Hafen erreicht, wird abgestocht und an Land gegangen. Die Wirkung war eine gewaltige. Den Reedern mochte wohl schweiß ums Herz werden, als eine Depeche nach der anderen mit der Meldung einlief: Maschinisten und Heizer von Bord! Bereits nach eintägigem Streik unterzeichnete eine der größten Firmen den Lohnarif. Diesem Beispiel folgten bald einige andere Mainzert- und Kölner Reedereien, sowie alle dem Allgemeinen Arbeitgeberverband Mannheim-Ludwigshafen angehörenden Firmen. Nach einer kurzen Zeit und auch der Trost der größten Schachtmacher, der Stinnes, Hanniel usw. wird gebrochen sein, denn die Liebesmüh der Herren, Arbeitswillige heranzuziehen, ist erfolglos, da die Streikenden Tag und Nacht auf dem Posten sind und den Agenten die kostbare Leute wieder abgeben. Dabei wird die Zahl der Ausständigen täglich größer, indem immer mehr Boote in die Häfen eintausen. Die Schiffe derjenigen Gesellschaften, welche unterzeichnet haben, sehen die Reise fort. Die nächsten Tage werden zweifellos einen Sieg auf der ganzen Linie für die Streikenden bringen, da diese vom besten Geiste befeuert sind und einzig und geschlossen hinter ihrem Verband stehen. Verband der Maschinisten und Heizer.

Lehrlingsausbeutung im Bäckerberufe. Nach Ansicht der christlichen Bäcker-Zunftsmeister von Quakenbrück sind die Lehrlinge nach beliebig langer Arbeitszeit noch immer so feil, daß sie dem Fortbildungsschulunterricht nach Feierabend mit dem freudigsten und gespanntesten Interesse folgen können. Man fordert bekanntlich die Regelung der Verlegung der Schulzeit in die Tagesstunden. Die Vätergervorsteher stimmten in der Mehrheit gegen den Tagesunterricht, den der Magistrat einführen wollte. Und so hatte der Bezirksausschuß über die Verlegung der Fortbildungsschulstunden zu entscheiden. Nun wurde am Freitag voriger Woche die Qualenbrücker Fortbildungsschule des Abends im Beisein des Bürgermeisters von einem Regierungsrat revidiert. Unter anderem wurde von dem Regierungsrat auch festgestellt, daß ein bei dem Bäckermeister Bähring beschäftigter Lehrling eine Arbeitszeit (einschließlich Schulzeit) von 19½ Stunden hat (von morgens 2½ Uhr bis 10 Uhr abends). Dieser Lehrling wurde natürlich von dem Regierungsrat sofort nach Hause geschickt. Ein zweiter bei Herrn Bähring beschäftigter Lehrling gab eine nur etwas kürzere Arbeitszeit an. Der Beamte wünschte, daß, wenn er der Fortbildungsschule wieder einen Besuch abstatten würde, er die Schüler nicht mehr im schmuggigen Arbeitszeug antreffen würde. Mit anderen Worten: den Jungen muß Zeit gelassen werden, sich zu Hause für die Schule ordentlich zurechtzumachen. Die Revision war also eine fürchterliche Blamage für die Meister. Der Tagesunterricht wird kommen.

Aus dem Gerichtssaal.

Haftung des Fiskus für durch die Untersuchungshaft zugefügten Schaden. Der Fabrikarbeiter R. in Düsseldorf wurde von der zweiten Strafkammer des Landgerichts in Düsseldorf im Jahre 1908 wegen Verleitung zum Meineid unschuldig zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren und zum Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren verurteilt. Auf Grund des Wiederaufnahmeverfahrens ist er aber am 10. Juni 1904 freigesprochen worden. In dem letzteren Urteil wurde die Entschädigungspflicht der Staatskasse für die unschuldig erlittene Straftat ausgesprochen. R. erhielt durch den Justizminister einen Betrag von 1350 Mk. für entgangenen Verdienst zuerkannt. Außerdem ist ihm aus Billigkeitsgründen ein Bauschalbetrag von 1650 Mk. gewährt worden. R. will jedoch auch den ihm durch die Untersuchungshaft erwachsenen Schaden ersetzt haben, welcher letzterer sich weit höher belaufe. Er klagt deshalb

Fessengruppe gleich dem Rumpfe eines riesenhaften Fahrzeuges aus dem Gewässer hebe und langsam näher komme. Und Larry steht da, ganz deutlich sieht sie ihn die Sterne nach ihr ausstrahlen.

Kathleen zuckt zusammen. Wird sie wahrhaftig? Woher alle diese Gebilde, die sich plötzlich vor ihr Auge drängen? Sie muß diese Schwere abschütteln, sie muß den Vater suchen; nur die Tat kann vielleicht noch retten, nicht träumerisches Brüten!

„Ein Kampf ist nichts für Weiber!“ das war Larrys letztes Wort. Kampf, blutigen Kampf sollte sie vermeiden, aber jetzt muß sie kämpfen, damit nicht aufs neue Blut fließe!

„Larry, Larry, steh du mir bei,“ fleht sie, in die Knie sinkend, „Larry, höre du mich; du warst gut und rein; bitte du die heilige Muttergottes, daß sie das Üble abwende!“

Und wie von neuer Kraft befeuert, nimmt sie schnell den entschlummerten Knaben auf den Arm und trägt ihn zu der Nachbarin; sie habe dringende Geschäfte bis zum späten Abend; Mutter Biddie sei ja stets so gütig; sie möge den kleinen Tim bei sich behalten, bis sie ihn abhole.

Und Stunde um Stunde verrinnt; immer unerträglicher wird die Schwüle, doch obgleich ihre Füße sie kaum weiter tragen wollen, Kathleen irrt von Haus zu Haus, um den Vater zu finden. Überall dieselbe Antwort, man habe ihn nicht gesehen.

Natlos, Verzweiflung im Herzen, kehrt sie heim. Keine Spur!

„La durchzuckt sie ein Hoffnungsstrahl. Wenn Sir Harold vertriebt wäre? Sonst fuhr er jeden Morgen mit seiner schönen Gemahlin vorüber — seit gestern hat sie ihn nicht gesehen.“

Sie will zum Förstner und fragen; ein Tag des Aufschubs mag den Vater zur Besinnung bringen.

Eine halbe Stunde später zieht sie mit rotglühendem Angesicht die Glocke des eheunmachten Förstnerhäuschens von Castle Glena. Sie hört, daß Sir Harold abwesend sei, aber wahrscheinlich zum Diner heimkehre.

„Ihr habt doch gewiß auch schon von dem Entsetzlichen gehört, Mrs. O'Brien?“

„Was, was ist geschehen?“ hebt es von ihren erblaffenden Lippen.

„Man hat den Obergärtner gefunden!“

„Er ist nicht entkommen? Die Heiligen seien gelobt!“

„Tot hat man ihn gefunden, mit eingeschlagenem Schädel, in der Nähe der Galvanbrücke, Ihr wißt doch, da, wo der Stein mit der Fußspur liegt — es scheint fast, man hat den

Leichnam in den Fluß stürzen wollen und ist überrascht worden.“

„Derr der Gerechtigkeit!“

„Man ist den Mördern auf der Spur. Sir Harold ist dieser Angelegenheit wegen schon früh am Morgen nach Killarney gefahren. — Aber alle Heiligen, Mrs. O'Brien, Ihr seid ja freudig!“

„Es ist nichts!“ stammelt sie, sich mit der Hand über die Stirn fahrend! „Ihr könnt Euch denken, Mr. Smith, es geht mir nah — er —“

Sie kann nicht mehr weiter sprechen. Die Ermüdung, die Angst, die Schreckensnachricht, alles hat sie übermächtig.

„Kommt herein, Mrs. O'Brien, ruht Euch aus! Meine Frau soll Euch eine Tasse Thee bereiten.“

„Nein, nein, ich danke Euch!“ Mit großer Kraftanstrengung rafft sich Kathleen auf und will gehen; da schimmert unter der Rotbuche ein weißes Gewand, das aus dem Felsen herabfließt. Es ist Miriam, die in einer Hängematte ruhend, entschlummert ist.

Bei ihrem Anblick wallt Kathleen das Herz hoch auf. Wie ruhig, wie glücklich — nichts ahnt sie von der furchtbaren Gefahr, die sich mit Riesenschritten ihr nähert!

Sie fühlt, als müsse sie zu Miriam stürzen und rufen: „Bergib, vergib; ein jedes Wort, das ich im Zorn gegen Euch gesprochen habe, ich möchte es mit meinem Blute aufwachen; ich möchte ja mein Leben heute geben, um dein Glück zu erhalten! Sieh mich doch nicht mehr mit Verachtung an!“ Aber sie darf nicht sprechen, der Vater ist gefährdet; vielleicht ergreifen ihn schon in diesem Augenblick die Hächer.

Schnell wendet sie sich und eilt flüchtigen Fußes den Hügel hinab. Da schlägt es sieben Uhr.

Totmüde tritt sie in das Haus. Alles ist ganz leer. Auf dem Tische steht noch unberührt die Morgensuppe in der Schale.

Jetzt nach dem Goldenen Anker! Es ist die Zeit, in der sich die Bar füllt.

Die Bar ist gedrängt voll von Gästen, denn der graufige Mord des Obergärtners muß umständlich besprochen werden.

Man hat sich also doch getäuscht. Sir Harold hat ihn nicht entlassen lassen.

Er ist ermordet worden; von wem? von wem? Gibt es Verführer in Killarney?

Man murmelt; man zischelt; man umringt den Erzähler mit ängstlich gespannten Gesichtern.

Kathleen steht an der Türe mit angehaltenem Atem und horcht ob sie des Vaters Stimme nicht erkennen kann.

Wie sie toben und schreien! Welch ein wildes Durcheinander!

Die, welche Sir Harold noch vor wenigen Tagen am lautesten angeklagt haben, sie sind heute des übertriebenen Lobes voll.

Auf der ganzen Insel gibt es keinen so gnädigen und leutseligen Herrn; daß die gebenedeite Jungfrau ihn beschützen möge!

„Und Lady Norton, sie hat ein Herz wie Wachs? sie ist ein Engel an Güte.“

„Ja, jetzt kommen auch gute Zeiten für Killarney; in der Umgebung soll überall der Pachtzins erniedrigt und der Arbeitslohn soll erhöht werden. Sir Harold geht mit einem guten Beispiel auf seinen Gütern voran. Das ist ein Herr!“

„Wir wählen ihn ins Parlament. Er stimmt für die home rule, Vater Mulligan hat's gesagt.“

„Und hat er denn nicht recht gehabt, dem Mike O'Donnell die Kündigung zu schicken? Der ist der schlimmste Rädelführer und trunken vom Morgen bis Abend; solche sind es, die uns ins Elend stürzen!“

„Und die Kathleen?“

Man zuckt die Achseln und lacht. „Es ist nicht das erstemal, daß ein Gutsherr Gefallen an einer schönen Dirne gefunden hat; ist er zu tabeln, wenn sie sich nicht zu hüten weiß? Aber es liegt in der Art. Auch die Tante hat sich im See von Killarney rein von ihren Sünden waschen lassen.“

Rohe Späße, Anspielungen auf ihr Kind und seine Unfähigkeit mit Sir Harold treiben Kathleen das heiße Blut in die bleiche Wange; wie angewurzelt steht sie, gelähmt vor Schreck und Schmerz. Was sie in der innersten Seele als nagendes Geheimnis vergeschlossen glaubt, hier wird es roh belacht von dem niedrigen Gesindel.

Fort, fort! Wie ein gehetztes Wild, so eilt sie den Fußpfad hinab. O Jammer und Elend! Ist das die Welt, in der sie leben muß? Sind das die Menschen, denen ihr Kind gleich werden soll?

Die Schwüle ist drückender geworden; kein erfrischender Hauch, der ihre brennenden Glieder kühlt. Gleich erschrocken kehrt sie in das Dorf zurück.

(Schluß folgt.)

gegen den Justizaktus auf Zahlung von 7000 Mk. nebst vier Prozent Zinsen, eventuell neben 1572 Mark Schadenersatz auf Gewährung einer fidejussorischen Kaution von 900 Mark. Durch Urteil des Landgerichts Pöchlitz wurde Kläger mit seinen Ansprüchen abgewiesen. Die Berufung des Klägers gegen das landgerichtliche Urteil wurde vom Kammergericht Berlin zurückgewiesen. Gegen das kammergerichtliche Urteil hatte der Kläger Revision eingelegt. Es erkannte der vierte Zivilsenat des Reichsgerichts auf Aufhebung des kammergerichtlichen Urteils und Zurückverweisung der Sache an die Vorinstanz. Das Reichsgericht führt in seinen Entscheidungsgründen hierzu aus: Der Verlust der Meisterstelle, den Kläger als Folge der Unternehmungslosigkeit geltend macht, fällt nicht unter das Gesetz betreffend die Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen Personen, während das Gesetz betreffend die Entschädigung für unschuldig erklarte Untersuchungsbeamte erst nach Eintritt des Schadens, im Juli 1904 in Kraft getreten ist. Das ergründete Gesetz aber gewähre Entschädigung nicht auch für den durch die Untersuchungslosigkeit verursachten Schaden. Dagegen aber nicht das Reichsgericht der Revisionssache Bedeutung bei, welche die Schwächung des Gesundheitszustandes des Klägers, die damit zusammenhängende Minderung seiner Erwerbsfähigkeit als durch die Art der Strafverfolgung herbeigeführt erklärte. Das Kammergericht hatte hier die Klage wegen der fehlenden Substantiierung abgewiesen, jedoch erklärt das Reichsgericht, daß dies kein Grund zur Abweisung des Anspruchs sei, solange das Gericht nicht einmal den Versuch gemacht habe, eine Ergänzung der Klagebegründung herbeizuführen, was durch Beiragen möglich gewesen wäre.

Wilde Justiz gegen einen Vetterhinder. Alles grauföpfiges, blödes Maß, mit diesen Worten belegte der Inspektor Klose aus Neulich bei Breslau einen 62 Jahre alten Arbeiter. Dann schlug er ihn mit einem Stöckel auf den Kopf, daß das Blut über das Gesicht herabfloß. Wochenlang ist der Arbeiter infolge dieser Behandlung krank gewesen. Der Inspektor mußte sich deshalb wegen gefährlicher Körperverletzung vor dem Breslauer Schöffengericht verantworten. Der Staatsanwalt wies darauf hin, daß bei Angeklagten schon viermal wegen Körperverletzung vorbestraft sei, weshalb ihn eine strenge Strafe treffen müsse. Er beantragte deshalb — 20 Mk. Geldstrafe. Das Gericht war auch der Meinung, daß dem Herrn Inspektor eine strenge Strafe auferlegt werden müsse. Das Urteil lautete deshalb auf die vom Staatsanwalt beantragten 20 Mk. Geldstrafe! — Zwanzig Mark sind also für den prägenden Inspektor eine strenge Strafe, obwohl er, wie der Staatsanwalt ausführte, aus dem gleichen Grunde schon viermal vorbestraft ist. Wäre wohl der geprügelte Arbeiter, wenn er dem Inspektor ein Loch in den Kopf geschlagen hätte, ebenso billig davon gekommen?

Der Unteroffizier als Erzähler. Der Unteroffizier Valentin Marx von der 11. Kompanie 71. Infanterie-Regiments in Erfurt hatte am 12. Mai den Soldaten W. seiner Korporalschaft beauftragt, sechs Mäntel vorchriftsmäßig zu legen und, sobald er mit einem fertig wäre, ihn diesen zur Probe zu zeigen. Das geschah. Der Unteroffizier war von dieser Probe aber so wenig befriedigt, daß er den Mantel nahm und diesen dem Soldaten mehrmals um den Kopf schlug, wobei ein Zipfel den Mann ins Auge traf und dieses heftig tränte. Damit war die „Instruktion“ noch nicht beendet. Der Unteroffizier stieß seinen Untergebenen, so daß dieser mit dem Kopfe vor das Bett fiel und infolgedessen bis zum Abend an Kopfschmerzen litt; auch trat er ihn mit dem mit Schnürschuhen besetzten Fuß gegen Schenkel und Schenkel. Urteil: Drei Wochen Mittelarrest. — Für man an solchen Soldatenhändeln gebührende Kritik, so fliegt der Kritiker wegen „Beleidigung sämtlicher preussischen Unteroffiziere“ ins Gefängnis!

Preussische Polizeimilch vor Gericht.

(Fortsetzung und Schluss.)

Nach Eröffnung der Sitzung wird in der Beweisführung fortgefahren. Als erster Zeuge wird der Wirt Höper vernommen. Dieser befindet auf wiederholtes Befragen, daß auch er, wie die meisten Wirte, einen Vertrag unterschrieben haben, dahingehend, bei einer Konventionalsstrafe von 500 Mk., den Sozialdemokraten seine Räume zu Versammlungen nicht zur Verfügung zu stellen. Die Liste zum Unterzeichnen hat dem Zeugen ein Polizeibeamter vorgelegt! Zeuge gibt auf Vorhalt ferner zu, daß in seinem angeblich baufälligen Saale größere Festlichkeiten des Krieger- und Turnvereins bei einer Teilnehmerzahl von circa 200 Personen haben stattfinden können, während in demselben Lokale Gewerkschaftsversammlungen von 30 Personen unterstakt sind. Polizeikommissar Johnson: Es habe schon seit längerer Zeit unter den Wirten die Ansicht geherrscht, einen solchen Vertrag zu schließen. Mehrere Wirte seit dieserhalb zu ihm gekommen und hätten um seine Mitwirkung gebeten. Er habe sie zunächst an einen Notar verwiesen. Nachdem dann aber die Wirte Scherm und Kuchen nochmals bekommen und ihm einen eben solchen Vertrag aus Fernie als Beispiel gezeigt, den auch ein dortiger Polizeikommissar unterschrieben, da habe er (Johnson) auch keine Bedenken mehr getragen. Er sei dann mit in eine Wirtesversammlung gegangen, um die Unterschriften zu beglaubigen. Zu diesem Zweck habe er sich einen Schutzmann mitgenommen, der die Liste herumgereicht hat. Dem Zeugen, der nicht in jener Wirtesversammlung war, ist die Liste von einem Beamten unangefordert ins Haus gebracht!

Bergmann Kohlmeier: Der Wirt Wagner habe die Zusage, sein Lokal nicht zu Versammlungen herzugeben, wieder zurückgezogen, nachdem ihm die Polizeistunde auf 10 Uhr abends herabgesetzt sei. Selbst am Freitag habe er um 10 Uhr abends schließen müssen. Ein angelegtes Konzert konnte deshalb nicht stattfinden. Durch Gegenüberstellung des Wirtes Wienholz mit dem Polizeikommissar Fink wird festgestellt, daß Fink dem Wirt nach einer ruhig verlaufenen Versammlung ein Schriftstück überreicht hat, in dem auch diesem Wirt die Polizeistunde auf 10 Uhr herabgesetzt wurde. Die Verfügung hatte der Polizeikommissar schon vor der Versammlung in der Tasche. Nachdem dann der Verband das Lokal nicht mehr erhalten hat, ist die Verfügung aufgehoben.

Bauunternehmer Schäfer will nichts davon wissen, daß er der Polizei Mitteilung über die in der gestrigen Sitzung mehrfach erwähnte zu schwache Unterkonstruktion des Hauses gemacht habe, in welcher die aufgelöste Versammlung am 6. Mai 1906 stattfand. In geradezu auffallender Weise befreit dieser Zeuge jede Frage des Verteidigers Seine mit der konstanten Ausrede: „Das kann ich nicht wissen!“ oder „das weiß ich nicht mehr!“ Zeuge Waurat Bongarts stellt aus den Akten fest, daß der Polizeiergeant Tschirny die Anzeige von der zu schwachen Konstruktion erstatte, und sich

hierbei auf Schäfer berufen habe. Trotzdem will Schäfer nichts wissen.

Polizeiergeant Tschirny: Er habe Kenntnis von der zu schwachen Konstruktion durch Schäfer erhalten. Er habe sich dann für verpflichtet gehalten, Mitteilung zu erstatten. Schäfer erinnert sich seiner Denunziation aber immer noch nicht.

Aus den Akten wird darauf festgestellt, daß die Träger eine Stärke von 55 haben sollten, während sie nur 45 hatten.

Zeuge Tönnchenböhm bekundet, daß Schäfer — bei dem er wohnte — zu ihm gesagt, die Polizei sei dazugewesen und habe die Kündigung Tönnchenböhm aus der Wohnung verlangt. (O) Schäfer habe aber gesagt, daß er der Aufforderung nicht nachkommen werde, denn die Polizei solle doch nicht für die Miete. Schäfer will auch hiervon zunächst nichts mehr wissen, gibt aber dann schließlich zu, daß es doch der Fall ist. Nur sollte Tönnchenböhm nicht wegen seiner Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei, sondern wegen „Unruhe“ im Hause gefündigt werden. Es wird dann aber weiter festgestellt, daß diese „Unruhe“ lediglich in einer Hochzeitsfeier und einem lebhaften Bekehr am Reichstagswahltag bestanden hat. Gewerkschaftsbeamter Szanoid bekundet, daß ihm gelegentlich einer Versammlungsbekanntmachung auf sein Verlangen nach Ausständigung der Bescheinigung gesagt wurde: „Das gibst du hier nicht.“ Als Zeuge noch in Recklinghausen wohnte, sei er von den Wirten erklärt, ihre Lokale zu Versammlungen nur dann hergeben zu können, wenn die Polizei dies gestatte. Gelegentlich einer Maifeier wurde Zeuge mit noch einigen Bekannten von Tisch zu Tisch von mehreren Beamten verfolgt. Einer der Beamten habe bei der Gelegenheit geäußert: „Die Hunde sind zu feig, etwas zu unternehmen.“ Zeuge hat dann seine Bekannten aufgefordert, sich nicht provozieren zu lassen.

Arbeitersekretär Hermes teilt mehrere Ausweisungsfälle von Mitgliedern des Konsumvereins mit. Man hat Mitgliederbücher beschlagnahmt und durchblättern lassen, daß die Betroffenen (Österreicher) hierbleiben könnten, wenn sie aus dem Konsumverein austreten würden. Auf Beschwerden gegen die Androhung der Ausweisung ist ihnen die Antwort geworden: „Es seien schon genug Sozialdemokraten hier.“ Am Vorhalt befindet Bürgermeister Weiler, daß in einem bestimmten Falle der Ausgewiesene Anarchist sei. Schließlich stellt sich heraus, daß der ganze „Verdacht“ gegen das Konsumvereinsmitglied darauf beruht, daß ein Landmann von diesem einmal gesagt, er sei in seiner Heimat als Anarchist verdächtigt worden. Zeuge Hermes teilt noch einen anderen Fall mit, in dem die Polizei die Denunziantenrolle beim Arbeitgeber eines Buchbinders übernommen hätte. Der Buchbindermeister Wegeloff hatte eines Tages zu seinem Gehilfen gesagt: „Mein lieber Heint, es ist mir wie bei dir, aber ich muß die im Namen der Polizei kündigen.“ Der Mann ist dann auch entlassen.

Bürgermeister Weiler äußert sich auf Vorhalt des Rechtsanwalts Heine hierzu in folgender Weise: „Ich würde es gar nicht für ungerecht halten, wenn wirklich ein Beamter an Wegeloff die Mitteilung gemacht hätte. Wegeloff ist nämlich Buchbindermeister. Es kann auch Mißbrauch mit Akten getrieben werden, und da ist es nicht unerwartet, was Wegeloff für Arbeiter hat.“ Gewerkschaftsbeamter Hoffeld gibt zahlreiche Fälle bekannt, in denen Polizeiwachmeister Fahr schon im Voraus gesagt hat: „Auch die nächste Versammlung wird wieder aufgelöst!“ In einem anderen Falle hat Fahr wieder gesagt: „Ich kann nicht anders.“ Zeuge hat mehrfach Berufung gegen die polizeilichen Strafbefehle erhoben. Das Schöffengericht in Recklinghausen hat regelmäßig der Polizei Recht gegeben und die Strafkammer hat ebenso regelmäßig das Urteil aufgehoben. Polizeiwachmeister Fahr gibt auf erneute Vorhalte die Möglichkeit zu, daß er sich so ähnlich geäußert habe. Zu dem Zeugen Hoffeld hat ferner die Witwe Schäfers gesagt, sie könne ihr Lokal nur dann hergeben, wenn die Polizei damit einverstanden sei. Wer in Recklinghausen nicht so wolle wie die Polizei, der könne leicht ruiniert werden.

Arbeiter Kretschmar bekundet, als er in einer Versammlung als Redner aufgetreten sei, ist die Polizei zu seiner Arbeitgebin gekommen und hat die Entlassung gewünscht. Zuerst hat seine Arbeitgeberin sich nicht darauf eingelassen, weil sie mit ihm in der Arbeit sehr zufrieden war. Dem wiederholten Drängen der Polizei habe die Frau dann aber schließlich nachgegeben und ihn entlassen. Dem Zeugen sind von 15 bis 18 Versammlungen nur zwei abzubalken gestattet. Alle anderen sind entweder aufgelöst oder schon im voraus verhindert worden. Es ist dem Zeugen gesagt, es solle Mitgliedsliste und Statut einreichen. Auch das hat er getan, es ist aber nichts in der Praxis geändert. Polizeiwachmeister Fahr habe rundweg erklärt: „Sie können machen was Sie wollen ich dulde keine Versammlung.“ Die Wm. Schäfer ist weinend zu dem Zeugen und hat unter Angebot einer Entschädigungsumme gebeten, von der zugesagten Versammlung Abstand zu nehmen, sie würde sonst ruiniert, wenn sie ihr Lokal hergäbe. Als Zeuge eine der ersten Versammlungen anmeldete und man ihn noch nicht kannte, hat der diensttunende Polizeikommissar zu ihm gesagt: „Es wäre doch besser, wenn eine einheitliche Organisation am Orte wäre, er möge doch mit seinen Kollegen in den christlichen Verband übertreten!“

Polizeiinspektor Stöber gibt auf Vorhalt eine „ähnliche“ Bemerkung zu! Die Worte hätten lediglich den Zweck einer „vernünftigen Belehrung“ gehabt.

Zeuge Betriebsführer Barkling entsinnt sich absolut nicht mehr, ob die Zeche Mitteilungen von der Polizei über dort beschäftigte Arbeiter erhalten habe.

Zeuge Effer hat für eine Versammlungs-Anmeldebekanntmachung 1,50 Mk. Stempelsteuer (O) zahlen müssen. Erst auf wiederholtes schriftliches Ersuchen hat er das Geld retourn erhalten. Als Zeuge dem Wirt Mummert 50 Mk. Miete für eine Versammlung geboten, hat dieser ihm erklärt: „Und wenn Sie mir 3000 Mk. geben, bekommen Sie den Saal nicht. Meine Konzession ist mir lieber. Gehen Sie zur Polizei und bringen Sie mir einen Schein, daß den Wirten nichts geschieht, dann können Sie den Saal sofort bekommen.“

Frau Bialaske: Als sie gelegentlich auf dem Polizeiamte war, habe ihr der Polizeikommissar Appeldorn gesagt: „Sie seien doch gut katholische Leute, da gehöre es sich doch nicht, daß die Kinder die „Bergarbeiter-Zeitung“ austrügen.“

Wirt Walter gehört zu denen, die sich nicht mehr entsinnen können von all den Vorkommnissen.

Zeuge Weißloht: Als der Konsumverein Besitzer seines Hauses geworden, seien mehrere Familien ausgezogen mit dem Bemerkten, es täte ihnen sehr leid, aus guten Wohnungen heraus zu müssen, aber da sie Österreicher und der Konsumverein doch als „politisch“ angesehen wäre, so hätten sie die Ausweisung befürchtet. Die beschlagnahmten Mitgliedsbücher des Konsumvereins hätten sie einfach nicht wieder bekommen.

Zeuge Wiesner bekundet, daß in dem für freie Gewerkschaftler als baufällig geltenden Saale die größten

Festlichkeiten der Krieger-, Turn- und ähnlicher Vereine abgehalten werden könnten.

Frau Kretschmar: Als ihr Ehemann auf Verreiben der Polizei von der Zeche entlassen werden mußte, habe er durch die Empfehlung des Betriebsführers sofort wieder Arbeit erhalten. In einigen Wochen habe die Polizei erfahren, wo ihr Mann arbeite, dann sei er dort wieder entlassen. Selbst als ihr Mann dann in einer Zeche bei Dortmund Arbeit gefunden, habe man ihn ausprobiert. Sie seien dadurch in große Bedrängnis geraten. Auf Anraten sei sie dann zum Polizei-Kommissar Appeldorn gegangen und habe dem ihre Not gesagt. Dieser habe dann anscheinend recht wohlwollend gesagt: „Sorgen Sie nur dafür, daß Ihr Mann eine andere Bestimmung annimmt, dann sorge ich dafür, daß er gute Arbeit erhält.“ Darauf hat die Zeugin erwidert: „Arbeit kann mein Mann sich schon allein verschaffen, lassen Sie ihn nur in Ruhe und drängen Sie ihn nicht aus der Arbeit heraus.“

Der Polizei-Kommissar befreit den Vorfall, die Zeugin behauptet jedoch bestimmt, daß es doch so sei.

Nach einer Pause beginnen dann nachmittags 4 1/2 Uhr die Klärböden.

Rechtsanwalt Wolfgang Heine beantragt Freisprechung des Angeklagten, da dieser den Nebenkläger überhaupt nicht beleidigt haben könne, sondern nach Lage des ganzen Sachverhalts sei es des Wahrscheinlichen, daß der Angeklagte mit dem Worte: „Das ist eine Niederträchtigkeit“ nur das System habe treffen wollen. In meisterhafter Weise verstand es dann Genosse Heine während seiner 1 1/2 stündigen Verteidigungsrede, die aber mehr die eines öffentlichen Anklägers war, nachzuweisen, daß tatsächlich in Recklinghausen ein System des zweierlei Rechts besteht, ein Recht für die christlichen Gewerkschaften, ein anderes für die freien Gewerkschaften und für die Sozialdemokraten. Ein Steinchen nach dem anderen fügte Genosse Heine zusammen, um das vollendete System zu zeigen — d. h. er zog alle die polizeilichen Verträge, wie sie in der Beweisaufnahme zutage getreten, hervor und beleuchtete dann das Ganze mit der kritischen Lupe des Juristen. Nervös auf den Stühlen hin- und hergehend, manchmal freudlos werdend, so saßen der Erste Bürgermeister und seine Beiraten von Recklinghausen und harren des Augenblicks, in dem die Folter sich ihrem Ende neigte. Die Rede Heines wirkte um so stärker, als sie ohne jeden Pathos rein sachlich, aber mit so scharfer Logik und beherrschendem Spott vorgetragen wurde, daß jeder Nichtverwandtenebene davon fasziniert wurde.

Anders der Erste Staatsanwalt, der einen politischen Kampf zu wünscheln schien. Der Staatsanwalt meinte, dieser ganz gewöhnliche Verteidigungsprozeß sei dadurch erst zur Beachtung gekommen, daß die Verfassungskammer leider (O) dem Beweisantrage des Angeklagten stattgegeben habe. Was sei denn nun dabei herausgekommen? Von einem System der Unterdrückung der freien Gewerkschaften, sei nichts erwiesen. Aber der Angeklagte habe doch erreicht, was er wollte, nämlich einen Angriff auf die Recklinghauser Polizei auf Kosten des Staates. Um eine Verteidigung des Angeklagten habe sich die zweitägige Verhandlung nicht im geringsten gedreht, sondern um den wohl vorbereiteten Angriff einer Partei gegen die ihr verhaftete Polizei. Er wolle zwar nicht alles beschönigen, was der Prozeß zu Tage gefördert, aber das seien doch nur Mißgriffe, kein System. Wichtig sei, daß die Polizeiverwaltung dem Bezirkskommando mitgeteilt, daß im Röttlichen Lokal sozialdemokratische Versammlungen abgehalten seien und daß dem Wirt dann die Kontrollversammlungen entzogen wurden. Es sei ferner erwiesen, daß sich einzelne Beamten hätten verleiten lassen, in politischem Sinne auf Personen einzuwirken, richtig sei, daß einzelne Beamte sich auf ein Gebiet begeben hätten, von dem sie sich fernhalten sollten. Es müßte auch zugegeben werden, daß infolge von direkten oder indirekten Einwirkungen von Polizeibeamten Entlassungen vorkamen. Wenn aber z. B. wie in dem Falle Busemann, in dem es sich um einen „Decker von Beruf“ handele, vorgekommen sei, daß die Polizei an die Arbeitgeber berichte, so stehe dem doch auch zur Seite, daß die Zeche ein sehr erhebliches Interesse daran habe, zu wissen, ob sie „notorische Decker“ im Betriebe habe. Auch in dem Falle des 15jährigen Knaben Wangemann könne das Verhalten der Polizei auf keinen Fall gebilligt werden. Es müßte ebenfalls als feststehend angenommen werden, daß ein Teil der Ausweisungen auf Veranlassung von Polizeibeamten erfolgt ist. Dabei dürfe man aber nicht vergessen, daß es sich um Anhänger einer Partei handele, die mit dem Staate auf Kriegsfuß stehe. Es sei auch wohl als richtig anzunehmen, daß in nicht zulässiger Weise auf die Wirte eingewirkt sei. Anzeigen seien in solchen Fällen auffallend viel erstattet. Alles das könne zugegeben werden, aber nicht das, worauf es allein ankomme, ob die Sachen systematisch betrieben seien, und ob die Ungehörigkeiten eine bewußte (O) Verletzung der Dienstvorschriften zu Tage gefördert hätten. Das sei nicht der Fall. Lediglich einige untergeordnete (O) Beamte hätten Mißgriffe getan. Daß das in einigen Fällen sogar einen Tadel durch den Herrn Ersten Bürgermeister eingebracht habe, sei Beweis dafür, daß nicht „von oben“ derartige Maßnahmen gutgeheißen wurden. Der Polizeiwachmeister Fahr sei offenbar seinem Posten nicht gewachsen. Für die Überwachung von Versammlungen sei er nicht qualifiziert. Es werde sich empfehlen, denselben gelegentlich in einen anderen Dienstzweig zu versetzen. Die Auflösung der Versammlung des Konsumvereins (durch die Beweisaufnahme ist festgestellt, daß es sich um eine als öffentliche Volksversammlung angemeldete Versammlung handele) biete gar keinen Grund zur Empörung. So gut wie die Polizei Turn- und andere Vereine für politisch halten könne auf Grund deren Tätigkeit, könne sie das auch beim Konsumvereine. Und wenn die Polizei den Konsumverein für politisch ansieht, könne die Polizei ihre Maßnahmen treffen. (Was hat das bloß mit einer Volksversammlung zu tun?) Der Angeklagte habe den Beweis der Wahrheit nicht für seine Behauptung erbracht, es müsse daher Verwerfung der Berufung eintreten.

In Anbetracht dieser — Unterstützung der Heineschen Anklagen war es für den Vertreter des Nebenklägers eine undankbare Aufgabe, im entgegengesetzten Sinne zu plaidieren — d. h.: so hätte man annehmen sollen. Doch der Herr Rechtsanwalt und Stadtverordnete Wulff-Recklinghausen fand sich in der Rolle ganz gut zurecht. Er behauptete einfach die in der Beweisaufnahme Staatsanwalt legten Sachen aufs Neue, hatte entgegen dem Staatsanwalt von keiner Einwirkung der Polizei etwas gemerkt, fand die Behandlung der freien Gewerkschaft durchaus nicht ungerecht und schien wohl nicht recht begreifen zu können, wie der Staatsanwalt so ziemlich alles das, worauf es ankam, in verblühter Weise zugab. Da der Rechtsanwalt Wulff, wie schon bemerkt, in Recklinghausen auch Stadtvorordneter ist, also doch gewissermaßen als mitbestimmendes oder überwachendes Organ der Recklinghauser Behörde gilt, so kann man sich in die Situation hineinversetzen, in der sich dieser Herr befand. Man geht deshalb über seine Ausführungen am besten stillschweigend hinweg. Eigenartig mußte es dann aber berühren, als der Erste Staatsanwalt in einer Replik dem Genossen Heine gegenüber sich zuguterletzt noch zu folgenden Äußerungen verstieg: „Ich muß doch auf eine Sache kommen, die noch

nicht erörtert worden ist, ich meine die Stellung der sozialdemokratischen Partei dem Staate gegenüber. Die Partei, die die Monarchie abschaffen will, die Partei, die das Eigentum expropriert und die Produktionsmittel der Gesamtheit zuwenden will, eine Partei, die den Staat und die Gesellschaft, in der wir leben, in ihren Grundrechten angreift, eine solche Partei beklagt sich, daß sie nicht wie harmlose Vereinigungsvereine behandelt wird! Ja denn! Sie ist nicht wie andere behandelt, sie soll auch gar nicht gleichmäßig behandelt werden. Bis zur äußersten gesetzlichen Grenze muß die Partei bekämpft werden, um ihren verderblichen Tendenzen „Halt“ zu gebieten. Und darin wird sich auch die Neckingerhauser Polizei durch das ganze Geschimpfe nicht hindern lassen!

Rechtsanwalt Wolfgang Heine: Die Wahlperiode liegt eben hinter uns und ich habe gar keine Meinung, hier an Gerichtsstelle führen einen Vortrag über Zweck und Ziele der sozialdemokratischen Partei zu halten, wie es der Erste Staatsanwalt zu wünschen scheint und wie es die einzig logische Schlussfolgerung auf die Rede des Herrn Staatsanwalts wäre. Ich will nur in der energischsten Weise dagegen Protest erheben, daß hier an Gerichtsstelle der Grundsatzz proklamiert wird, daß die Anhänger einer bestimmten Partei anders behandelt werden sollen als Angehörige anderer Richtungen. Der hier soeben von dem Ersten Staatsanwalt zum Prinzip erhobene Grundsatz rechtfertigt auch die schwersten Ingriffe, die je erhoben sind und erhoben werden. Das ist die einfache nackte Ungerechtigkeit. Ich habe dennoch so viel Vertrauen zu der Justiz, daß dieser Grundsatz nicht als Richtschnur dient.

Nach 10 Minuten langer Beratung lautet das Urteil dahin, daß die Berufung verworfen wird. Angeklagter habe den Beweis von dem Bestehen eines Systems der Unterdrückung der freien Gewerkschaften durch die Neckingerhauser Polizei nicht erbracht.

Versammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, den 24. Juni 1907.

Der Wortführer eröffnet die Sitzung um 10,15 Uhr. Dann macht der Wortführer eine Einladung des Finanzdepartements bekannt, in dem dasselbe die Bürgerschaft zur Besichtigung des Stadtgutes Niendorf einladet.

Zum Protokollführer der Bürgerschaft wird von zwei Bewerbern Rechtsanwalt Paul Mandorpf gewählt. Vom Senat wurde mitgeteilt, daß die von Schweden der Stadt geschuldete Summe von 35 000 Mk. der Schuldentilgungskasse überwiesen sei.

Es folgt die Beratung über den Bericht der Kommission zur Prüfung des Senatsantrages, betreffend den Vertrag mit der Firma Paap u. Christ über den Verkauf eines etwa 12 000 Quadratmeter großen Areals in Schlutup.

Lienau, Vorsitzender der Kommission, ist der Ansicht, daß der Gemeinde Schlutup durch die Annahme des Vertrages kein Schaden erwachse. Die Schlutuper Industrie habe selbst durch die eigenen Abfälle mit unangenehmen Gerüchen und Ungeziefer zu kämpfen, infolgedessen könne die Fabrik, die in etwa 600 Meter Entfernung liege, kein Schaden machen. Auch die Bauartigkeit werde dadurch nicht beschränkt, wie vielfach angenommen werde; höchstens würden keine Villen gebaut werden. Er bittet die Vorlage anzunehmen.

H. Thiel: Unter keinen Umständen darf dem Antrage stattgegeben werden. Die Kommission ist von zu engen Gesichtspunkten ausgegangen. Sie hätte in Frage ziehen müssen, ob die umliegenden Gelände nicht auch in Mittelebenshaft gezogen werden. Der Staat hat 720 000 Mk. in das Gelände gesteckt. Paap u. Christ zahlen 42 000 Mk. Die Gutachten, die für Errichtung der Düngerefabrik sprechen, sind alle mit „Wenn und Aber“ verbunden. Die Fabrik wird zur Entwertung des nachfolgenden Terrains beitragen. Es lassen sich andere Terrains finden, die geeignet sind für solche Unternehmen. Redner stellt einen dahingehenden Antrag.

Senator Eschenburg: Mit Erwerbung neuer Terrains müssen wir stillhalten; mit solchen Argumenten, wie die vom Vorredner, dürfen wir nicht kommen.

Behrke: Die Berichte, welche die Schlutuper eingeholt, haben auf mich wenig Eindruck gemacht. Auf Grund einer siebenjährigen Praxis in solchen Fabriken kann ich nur für den Senatsantrag stimmen.

Guzmann: Die Gutachten stehen sich gegenüber. Die ganze geplante Fabrikation wird Schlutup nur Schaden bringen.

Dr. Wittern: Die Entfernung von 600 Metern ist nicht groß, sie wird sich nach Schlutup zu stets mit der Zunahme der Industrie verringern. Die dunstigen Gase werden sich immer in der Umgebung unangenehm bemerkbar machen. Die Schlutuper Industrie wird dadurch belästigt und diese Belästigung muß abgewehrt werden. Lehnen Sie die Vorlage ab.

Senator Eschenburg: Die Schlutuper sind es selbst, die den üblen Geruch verbreiten, so zum Beispiel die Fischguano-Fabrik.

Schorer bedauert die in Szene gesetzte Agitation gegen den Vertrag. Auf die Gutachten ist so lange kein Wert zu legen, bis man die Konzeptionsbedingungen kennt, unter denen die Fabriken arbeiten. Das Polizeiamt hier wird äußerst vorsichtig bei der Konzeptionserteilung sein.

H. Thiel: Wenn wir den Platz verkaufen, bekommt die Fabrik auch die Konzession. Er bittet nochmals um Ablehnung.

Ständiger Senatskommissar Dr. Fehling: Die Debatte, wie sie heute geführt wird, gehört in das Verwaltungsverfahren.

Bade-Schlutup: Die Gemeinde Schlutup erkundigte sich überall, wo solche Fabriken existieren. Wir besuchten auch eine Fabrik; die Gerüche, die von derselben ausgingen, gingen in die Nachbarschaft, in der Fabrik sind sie weniger zu spüren. Aber alle technischen Verbesserungen werden nicht imstande sein, die Belästigungen ganz aufzuheben. Unser Renommee ist dahin, wenn man dem Antrag stattgibt. Unsere Konkurrenz beneidet uns um unsere hervorragende Stellung. Aber gegen ein solches Hindernis, wie es uns in den Weg gestellt werden soll, kann sich kein Geschäftsmann wehren. Entweder die chemische Industrie kommt in Schlutup hoch und die Fischindustrie paßt ein, oder es wird die erstere am weiteren Vordringen gehindert.

Senator Eschenburg: Ich muß konstatieren, daß es nicht richtig vom Vorredner ist, wenn er sich gegen die ganze chemische Industrie wendet.

Aug. Bape: Die Fabriken werden heute viel besser eingerichtet als früher; auch die Entwertung des Nebengeländes findet nicht statt. In Lübeck z. B. ist der Preis in der Nähe einer solchen Fabrik vom Jahre 1899 von 2,50 auf 11 Mk. pr. Quadratmeter heute gestiegen. Der Preis für Paap und Christ sollte jedoch von 3,50 auf 5 Mk. pr. Quadratmeter erhöht werden. Redner bittet um Annahme des Antrages.

Dr. Behrke: Herr Thiel urteilt theoretisch und nicht aus der Praxis heraus.

Konsul Dimpler: Die Handelskammer ist zu dem Entschlus gekommen, daß die Zustimmung zum Verkauf gegeben werden soll. Durch die Verhandlungen haben sie der Schlutuper Industrie mehr geschadet als die Fabrik es selbst tun wird.

Bade-Schlutup: Weber Fischabfälle noch die Abfälle der Düngerefabrik darf auf die Felber geführt werden, dagegen werden wir uns stets wehren.

Dr. Venda stellt Schlußantrag. Der Antrag wird angenommen.

Aber die Stimmenthaltung bei der Abstimmung entspinnt sich eine kurze Debatte.

Der Senatsantrag wurde abgelehnt. Ein von Thiel gestellter Antrag wird vom Antragsteller wieder zurückgezogen.

Bei dem Antrag betr. Herstellung von Radfahrwegen im Rechnungsjahre 1907 bemängeln Aug. Bape und Thiele die Beschaffenheit verschiedener Radfahrwege.

Dahms fragt an, wie es mit der Ermäßigung der Radfahrsteuer stehe.

Alle Anträge werden angenommen. Der Antrag des Senates betr.

Erhöhung der zu den Kosten der Lübeckischen Zoldirektionsbehörde an Preußen zu zahlenden Vergütung wird angenommen.

Der Senatsantrag betr. Abänderung der Stempelordnung wird angenommen; ebenso die Senatsanträge betr.

Stempel-Revisionalabgabe für die Sparkasse des Konsumvereins für Lübeck und Umgegend, c. G. m. b. H., Aufhebung der Kautionspflicht der Beamten, wird angenommen.

Beim Antrag betr. Umwandlung der Eichmeisterstelle in eine pensionsberechtigende Stelle, betont Aug. Bape die Not des Hafentmeisters.

Der Antrag wird angenommen. Der Antrag des Senates um

Gewährung einer jährlichen Altersunterstützung an die Witwe des Schiffszimmerparliers Koek wird ebenfalls debattelos genehmigt.

Es folgt die Beratung des Senatsantrages betr. Ermächtigung des Vorstandes der St. Jakobi-Kirchengemeinden zum Bau eines Pfarrhauses und einer Zentralheizungsanlage für die St. Jakobikirche, sowie zur Veräußerung des Grundstücks Breitestraße Nr. 1.

Dr. Levertuhn wehrt sich gegen die Auffassung, daß der Artikel in den „Lüb. Blättern“ über den obigen Punkt von ihm sei. Redner stellt ein Antrag, daß der Bau Junge statt im Ziegelrohbau in einem Puffbau ausgeführt werde.

Senator Dr. Fehling: Man wird immer verschiedener Meinung darüber sein, was ästhetisch ist. Der Baudirektor hat sich zustimmend dazu erklärt.

Dobberlein unterhält die Bürgerschaft über nicht direkt zum Senatsantrage gehörende Punkte und wird vom Wortführer unterbrochen.

Dr. Fehling gibt Auskunft über den Bau An der Mauer 84, der zu Beanstandungen geführt hat. Der Neubau steht nicht 5, sondern 9 Meter über das Nachbargebäude. Die Genehmigung des Baues wird wohl versagt werden.

Dr. Eschenburg vertritt die Senatsvorlage. Die Kirche hat den Kaufpreis so niedrig bemessen, damit ein schöner Bau entsteht.

Levertuhn: Mir liegt es fern, Ihnen meine Meinung aufzuzunehmen.

Senator Dr. Fehling: Diese Angelegenheit ist lange vorbereitet.

Schorer, Heyck und Stender bitten den Antrag Levertuhn abzulehnen.

Der Senatsantrag wird angenommen. Der Zusatz-Antrag Levertuhn wird abgelehnt.

Der Antrag des Senates über Verwaltung und Betrieb des neuen Stadttheaters kommt hierauf zur Beratung.

Klein: Von meinem Standpunkt aus bedauere ich, daß das Theater nicht in städtische Regie übernommen wird. Es haben sich 13 Direktoren gemeldet; verschiedene haben sich aus dem Grunde nicht gemeldet, weil sie glaubten, das Theater sei schon verpachtet. Ich möchte fragen, wie die Sache steht.

Senator Eschenburg: Öffentliche Ausschreibung ist in Aussicht genommen.

Der Senatsantrag wird angenommen. Aufhebung des Artikels 6 der Gemeindeordnung für Travemünde und des Artikels 7 der Landgemeindeordnung.

Legmeyer spricht hierzu den Dank der Landgemeinde für die Vorlage aus.

Der Antrag wird angenommen. Der Antrag von Schneider:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, in Ermäßigung zu ziehen, ob die Beiträge zu Pensionskassen, welche den im Lübeckischen Staate Einkommensteuer zahlenden Beamten von ihrem Gehalte gekürzt werden, als abzugsfähig von dem zu versteuernden Einkommen zu erklären sind, wird genügend unterstützt.

Schneider begründet seinen Antrag. Der Antrag wird dem Bürgerausschuß überwiesen. Schluß der Sitzung 1 1/2 Uhr.

Aus Nah und Fern.

Das fällige Eisenbahnunglück. Vom Güterzug 6574 sind zwischen den Bahnhöfen Carden und Cöchem die Lokomotive und 15 Güterwagen entgleist. Der Lokomotivführer wurde aufsehenerregend schwer, der Heizer und ein Bremser leicht verletzt. Der Schaden ist erheblich. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen an der Unfallstelle aufrechterhalten.

Schachtbrand. Dem „Slomo Polski“ zufolge brach im Frienwalter Schacht zu Borzyslaw ein Brand aus, der den ganzen Schacht einäscherte. Ein Bohrmeister und sein Gehilfe sind verbrannt.

Sturm. Freitag nachmittag zwischen 2 und 3 Uhr wurde in Halle durch einen plötzlich aufgetretenen Sturm, verbunden mit Gewitter und wolkenbruchartigem Regen, außerordentlicher Schaden angerichtet. Der Festplatz des Mitteldeutschen Bundesjahres gleich einem Trümmerhaufen. Besonders schwer hat die Festhalle gelitten. Durch niederstürzende Balken erlitten acht Personen schwere Verletzungen. Die Zahl der Leichtverletzten ist erheblich. Auch der gleichzeitig auf dem Köpplage stattfindende Jahrmart bietet ein trauriges Bild. Hunderte von

Wunden liegen am Boden. Nur eine einzige Reihe, die durch Häuser geschützt ist, steht noch. In der Besenereistraße rüht der Sturm von einem Neubau einen Teil des Mauerwerkes der dritten Etage mit Gerüst herunter. Ein Maurer wurde schwer und einer leicht verletzt.

Beim Preisturnen das Leben eingebüßt. Der 21 Jahre alte Glaser Karl Mordack, Sohn unseres Genossen Eduard Mordack in Greiz, ist am Sonntag auf einem Turnfest in Kappel bei Chemnitz beim Preisturnen abgestürzt. Er verletzte sich hierbei so schwer, daß er an den Folgen des Sturzes gestorben ist. Das Unglück trifft unseren Genossen um so schwerer, als derselbe auch schwer krank darniederliegt.

Staatsgefährliche Turnerei. Ein interessantes Beispiel preussischer Verwaltungswillkür ist aus Hannover zu melden. Dort geht der Kampf gegen die freien Turner besonders hoch her, weil die deutschen Turner die Tugenden nationaler Bestimmungstüchtigkeit besonders heftig kultivieren und gegen die freien Turner hegen. Gegen diese ist man natürlich auch mit dem Unterrichtsverbot vorgegangen. Auf eine Beschwerde an die Regierung ist nun eine Untugeneingangs, die als preussisches Kulturwerk wegen ihres Inhalts weiteste Verbreitung verdient. Sie lautet:

Hannover, den 12. Juni 1907.

Königliche Regierung. Abteilung für Kirchen- u. Schulwesen. Nr. S. II, B. 30.

Auf die Beschwerde vom 30. März dieses Jahres. Ihre Beschwerde gegen die Verfügung des Herrn Polizeipräsidenten vom 12. März dieses Jahres — I. P. 904 — weisen wir hiermit als unbegründet zurück.

Nach den angestellten Ermittlungen wird in dem von Ihnen geleiteten Turnverein Turnunterricht an jugendliche Personen unter 18 Jahren erteilt, ohne daß den Unterrichtsleitern die Genehmigung hierzu gewährt worden wäre. Das private Unterrichtswesen untersteht nach § 18 der Regierungsinstruktion vom 23. Oktober 1817 unserer Aufsicht. Der Aufsichtsbehörde liegt die Pflicht ob, darüber zu wachen, daß Personen, welche die erforderlichen unterrichtlichen und sittlichen Fähigkeiten nicht besitzen, von der Erteilung von Privatunterricht an die Jugend ferngehalten werden.

Unserer Anordnung gemäß wird daher die Erteilung von Privatunterricht an jugendliche Personen nur zugelassen, wenn hierzu von der Ortschulbehörde nach Prüfung der Fähigkeiten der Unterrichtsleiter die Genehmigung erteilt worden ist. Der Leiter des Turnunterrichts in Ihrem Turnverein hat diese Genehmigung nicht nachgeschickt. Sie würde ihm auch nicht erteilt werden können. Der von Ihnen geleitete Verein gehört dem „Arbeiter-Turnerbunde“ an, dessen neben der Pflege des Turnwesens verfolgte Bestrebungen mit den Grundsätzen der Jugendberziehung unvereinbar sind. Von welchem Geiste die dem Bunde angehörenden Vereine erfüllt sind, geht unter anderem aus der Auswahl der Lieder in dem vom Turnerbunde herausgegebenen Liederbuche „Der freie Turner“ hervor. Während das Ziel der Jugendberziehung darauf gerichtet sein soll, die Liebe zum Vaterlande, die Treue gegen das Herrscherhaus und die Achtung vor den bestehenden Gesetzen zu pflegen und zu fördern, wird z. B. in dem Liede „Rekrutenabschied“ (Nr. 69 des Liederbuchs) versucht, den Heeresdienst, den jeder vaterlandsliebende Deutsche freudig leistet, als eine unwürdige Knechtschaft hinzustellen; in dem Liede von der deutschen Treue (Nr. 113) wird die Treue gegen das Herrscherhaus in zynischer Weise verhöhrt; auch der Inhalt zahlreicher anderer Lieder läßt keinen Zweifel darüber, daß der Herausgeber des Buches, der „Arbeiterturnerbund“, und mit ihm die zugehörigen Vereine, von revolutionärer Geistes erfüllt sind. Es bedarf keiner Ausführung, daß Angehörigen eines Vereins, in welchem solche Gesinnungen gepflegt werden, die zur Erteilung von Unterricht an jugendliche Personen erforderliche sittliche Tüchtigkeit nicht zuerkannt werden kann.

Der Herr Polizeipräsident, der von uns angewiesen ist, die unbefugte Erteilung von privatem Unterricht an jugendliche Personen mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern, hat daher mit Recht auf Grund der ihm zustehenden obrigkeitlichen Gewalt Ihnen als dem verantwortlichen Vereinsvorsitzenden unter Androhung einer Zwangsstrafe aufgegeben, für die Einstellung der unbefugten Erteilung von privatem Turnunterricht an jugendliche Personen unter 10 Jahren zu sorgen.

v. Philipsborn.

In dieser Entscheidung ist vieles interessant. Einmal, daß man dem Leiter die „sittliche Tüchtigkeit“ abspriecht, während er, wie wir verraten können, zum Unteroffizier befördert wurde und soeben auch die Landwehrdienstauszeichnung verliehen erhalten hat. Ihm die sittliche Tüchtigkeit abspriechen, ist also Unsinns. Weiter hat der Leiter seit Jahren Turnunterricht erteilt, bis man die Verordnung von 1817 entdeckte; da ward es Licht in Preußen. Endlich unterrichtet er auch in anderen Turnvereinen, wo er die sittliche Tüchtigkeit hat. Die unterrichtlichen und sittlichen Fähigkeiten werden also, wie es scheint, in Preußen nicht nach der subjektiven Qualität des Lehrers abgeprüft, sondern nach der politischen Würdigkeit des zu unterrichtenden Objektes. Der Turnlehrer ist sittlich tüchtig, wenn er im Deutschen Turnverein unterrichtet; er ist sittlich nicht tüchtig, wenn er im Arbeiterturnverein unterrichtet. Ein merkwürdiger Dualismus zwar, aber dem Polizeiamt in Preußen ganz ähnlich. Die Aca Studt ist in sich selbst übertrumpft.

Der Herr Graf auf Urlaub. Graf Büdler, der zu Gefängnisstrafen von insgesamt vier Monaten verurteilt worden war, hatte nach Verbüßung eines kleinen Teiles der Strafe Urlaub erhalten zur Bewirtschaftung seines Gutes. Er war dort eine Zeitlang anwesend, ist jetzt aber wieder ver schwunden, sein Aufenthalt ist unbekannt. — Ein sozialdemokratischer Redakteur bekommt nicht einmal Strafausschuß, geschweige denn Urlaub. Der hat eben keine hochmöglichen Freunde, wie der Bruder des Kriegesgerichtsrats Komen, dem es gelang, für eine ihm wegen grober Verleumdung zuerkannte schwere Gefängnisstrafe einen vierjährigen Strafausschuß und schließlich die Begnadigung durchzusetzen.

Handels- und Markt Nachrichten.

Sternschau-Viehmarkt

22. Juni.

Der Schweinehandel verlief gut. Zufgeführt wurden 1767 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verlandsschweine schwere 52—53 Mk., leichte 54—54 1/2 Mk., Sauen 44—49 Mk. und Ferkel 50—53 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwart. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.